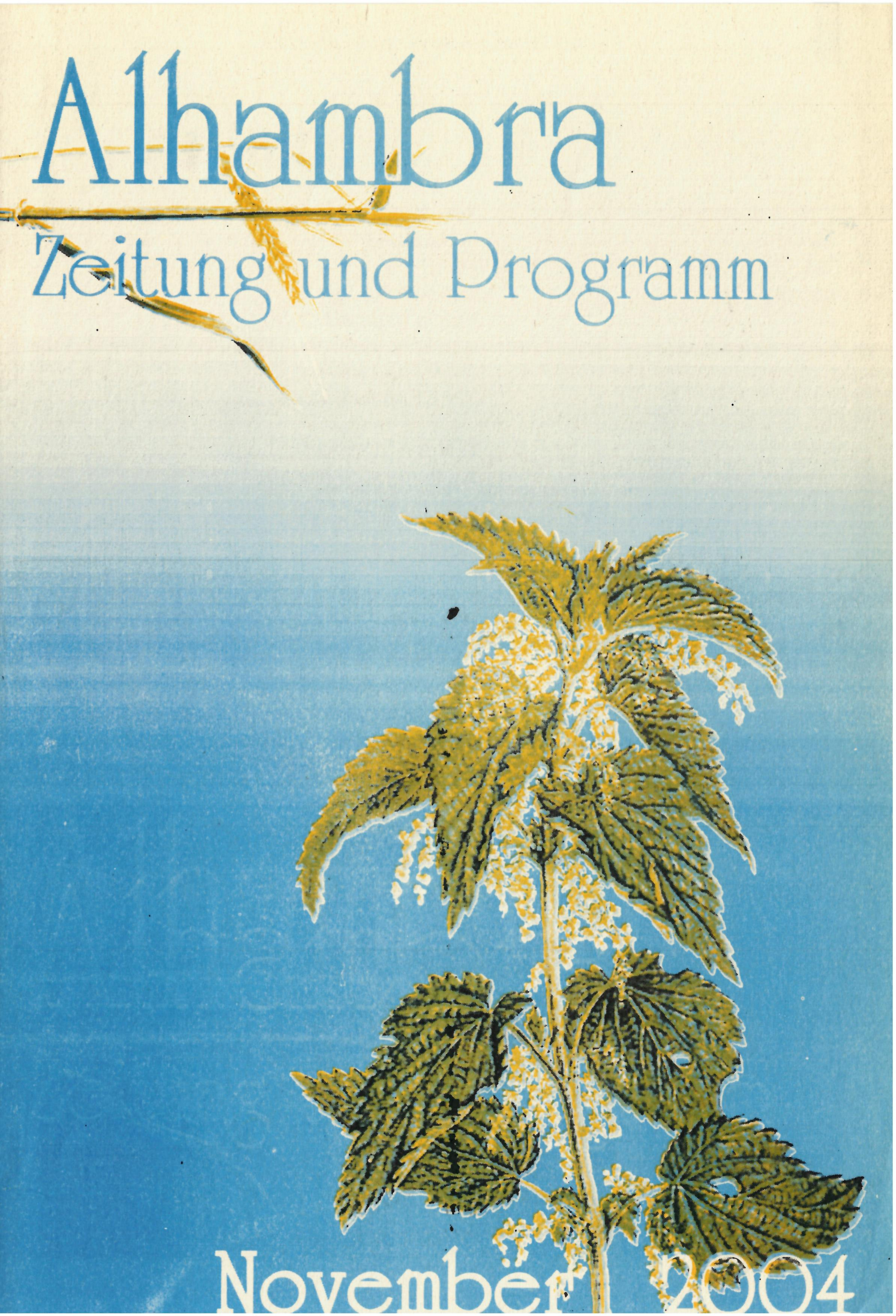
Alhambra

Zeitung und Programm



November 2004

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

INHALT

Keine Nazi-Kundgebung in Oldenburg! 3

Castor-Transporte nach La Hague und Gorleben 4

Immer wieder montags ... Was tun mit der Bewegung gegen »Hartz IV«? 6

Lichtstrahl trifft auf Diamanten Soziale Kämpfe in Südafrika 8

Opposition im virtuellen Niemandsland Nach dem gescheiterten Referendum gegen Chavez 10

Anleitungen die die Welt nicht braucht - Teil 1: ... den Tiger zähmen. 12

Willkommen zu den deutschen BIG BROTHER AWARDS 14

Lesung mit Gabriele Rollnik Keine Angst vor niemand 16

Veranstaltung zu Berufsverboten 17

Anti-Knast-Kampagne Bremen 18

FemRef-Oldenburg 19

Oldenburger Richter klagt gegen niedersächsisches Polizeigesetz 20

Veranstaltung zum Vernichtungslager Sobibór 21

Tödliche Hetze im Dancehall-Reggae Mord an B. Williamson und die jamaikanischen Hatesongs 22

Konzertankündigungen 26

Für Samstag den 6.November haben die Republikaner eine Kundgebung in Oldenburg angemeldet. Ab 10 Uhr wollen sie auf dem Schlossplatz ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten.
Dies gilt es zu verhindern!

Keine Nazi-Kundgebung in Oldenburg!

Die Republikaner spielen schon seit Jahrzehnten eine wichtige Rolle im faschistischen Netzwerk. Ihnen gelang es durch ihr bürgerliches Auftreten immer wieder offen rassistische und antisemitische Positionen für den deutschen Spießer gesellschaftsfähig zu machen. Hinter ihrer biederen Fassade kooperieren sie immer wieder mit militanten Neonazis und führen auch gemeinsame Aufmärsche -wie z.B. in Kassel gegen die „Wehrmachtsausstellung"- durch.

Mit den REPs hat hier kaum eineR gerechnet. Ihr letzter Versuch - und dieser liegt schon zehn Jahre zurück- mit einem Infostand in der Oldenburger Innenstadt in Erscheinung zu treten, wurde dank engagierter AntifaschistInnen nach kürzester Zeit beendet. Bis auf ihren, in aller Heimlichkeit abgehaltenen, Landesparteitag am 14.04.02 im „Schützenhof Eversten" gab es seitdem kein Lebenszeichen von ihnen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß FaschistInnen, welcher Couleur auch immer, sich in unserer Stadt breit machen. Wie beim Aufmarschversuch der NPD vor 3 Jahren, als es weit über 1000 Menschen durch vielfältige Aktionen gelang, die FaschistInnen nach wenigen hundert Metern wieder nach Hause zu schicken, müssen wir ihnen auch diesmal einen schönen Empfang bereiten.
Verhindert werden kann die Kundgebung nur, wenn wir ALLE am 6. November auf die Straße gehen, um gemeinsam eine große, bunte, entschlossene und laute Gegenaktion auf die Beine zu stellen. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt.

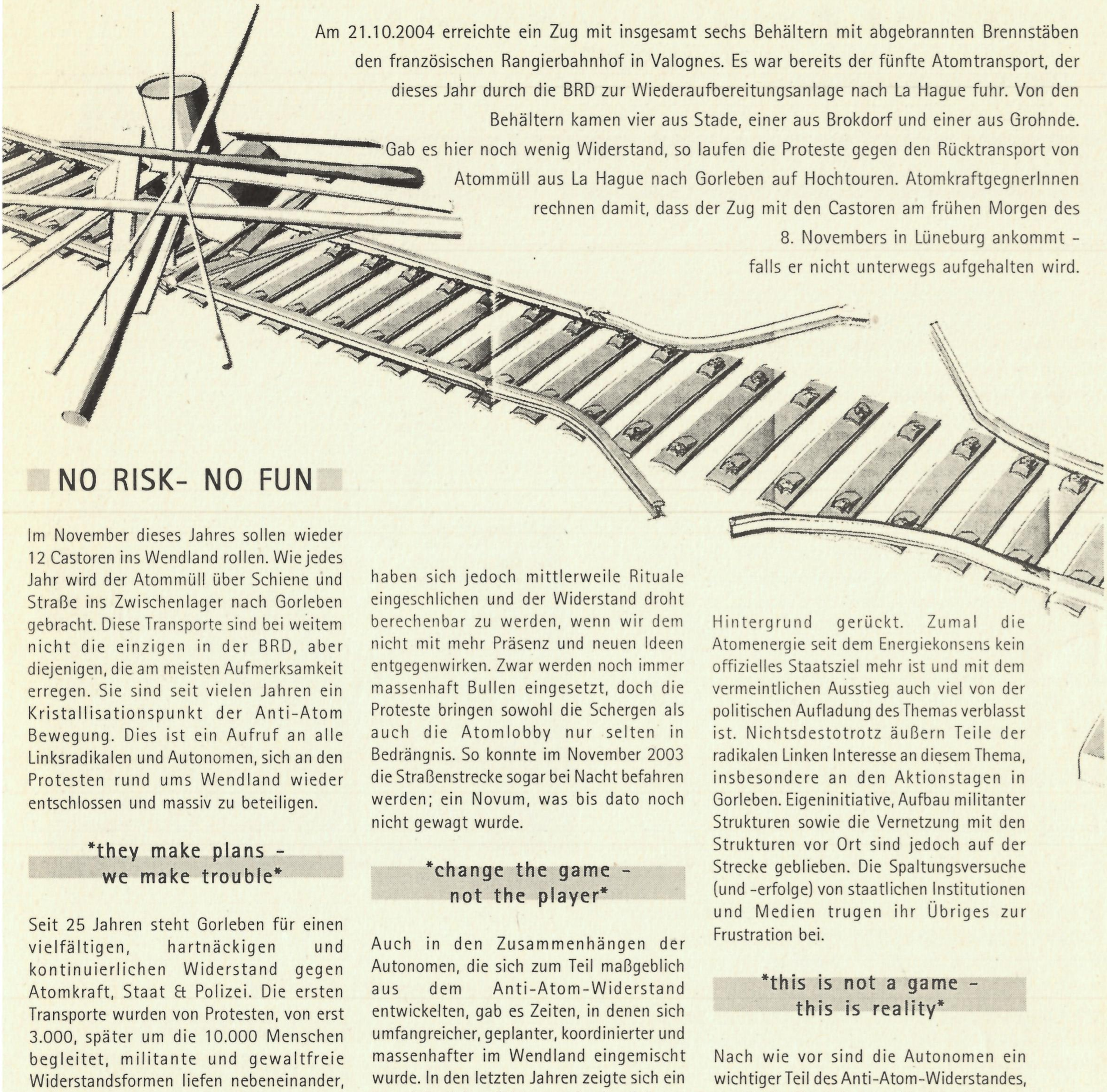
Treffpunkt für die Gegenaktionen ist am 6.11. um 9 Uhr auf dem Schlossplatz
seid pünktlich!

Also los geht`s, packt die Trillerpfeife ein und macht Euch am 6.11. auf zum Schlossplatz!
Kein Raum für Nazis!

Antifa-Bündnis „Vielen Dank für die Blumen!"

DOKUMENTATION

Castor-Transporte nach La Hague und Gorleben



Am 21.10.2004 erreichte ein Zug mit insgesamt sechs Behältern mit abgebrannten Brennstäben den französischen Rangierbahnhof in Valognes. Es war bereits der fünfte Atomtransport, der dieses Jahr durch die BRD zur Wiederaufbereitungsanlage nach La Hague fuhr. Von den Behältern kamen vier aus Stade, einer aus Brokdorf und einer aus Grohnde. Gab es hier noch wenig Widerstand, so laufen die Proteste gegen den Rücktransport von Atommüll aus La Hague nach Gorleben auf Hochtouren. AtomkraftgegnerInnen rechnen damit, dass der Zug mit den Castoren am frühen Morgen des 8. Novembers in Lüneburg ankommt - falls er nicht unterwegs aufgehalten wird.

NO RISK- NO FUN

Im November dieses Jahres sollen wieder 12 Castoren ins Wendland rollen. Wie jedes Jahr wird der Atommüll über Schiene und Straße ins Zwischenlager nach Gorleben gebracht. Diese Transporte sind bei weitem nicht die einzigen in der BRD, aber diejenigen, die am meisten Aufmerksamkeit erregen. Sie sind seit vielen Jahren ein Kristallisationspunkt der Anti-Atom Bewegung. Dies ist ein Aufruf an alle Linksradikalen und Autonomen, sich an den Protesten rund ums Wendland wieder entschlossen und massiv zu beteiligen.

they make plans - we make trouble

Seit 25 Jahren steht Gorleben für einen vielfältigen, hartnäckigen und kontinuierlichen Widerstand gegen Atomkraft, Staat & Polizei. Die ersten Transporte wurden von Protesten, von erst 3.000, später um die 10.000 Menschen begleitet, militante und gewaltfreie Widerstandsformen liefen nebeneinander, machten den Widerstand unübersichtlich und von Polizei und Bundesgrenzschutz nur schwer kontrollierbar. Von Massenmilitanz bis zur Einzelaktion fand sich alles in der breiten Bewegung wieder. Die Tage um den Transporttermin galten als Happening für Konspirativität und Aktionismus, aber auch als Ansatz für gruppenübergreifendes und geplantes Handeln. Als das gelten sie auch heute noch: Nach wie vor kommen viele DemonstrantInnen zur Castor-Blockade im Wendland zusammen, im letzten Jahr waren es 2.000 bis 3.000 Menschen. Über die Jahre haben sich jedoch mittlerweile Rituale eingeschlichen und der Widerstand droht berechenbar zu werden, wenn wir dem nicht mit mehr Präsenz und neuen Ideen entgegenwirken. Zwar werden noch immer massenhaft Bullen eingesetzt, doch die Proteste bringen sowohl die Schergen als auch die Atomlobby nur selten in Bedrängnis. So konnte im November 2003 die Straßenstrecke sogar bei Nacht befahren werden; ein Novum, was bis dato noch nicht gewagt wurde.

change the game - not the player

Auch in den Zusammenhängen der Autonomen, die sich zum Teil maßgeblich aus dem Anti-Atom-Widerstand entwickelten, gab es Zeiten, in denen sich umfangreicher, geplanter, koordinierter und massenhafter im Wendland eingemischt wurde. In den letzten Jahren zeigte sich ein grundsätzlicher Rückgang in der Präsenz von autonomen Gruppen, bzw. organisierten linksradikalen Zusammenhängen. Oft fehlt uns die Motivation und auch die Kraft, durchweg präsent und spürbar zu sein. Viele von uns haben sich neuen Themen zugewandt, bzw. sich andere Schwerpunkte gesucht. Beispielsweise sind Antifa- und Antira-Arbeit, Kämpfe gegen staatliche Repression oder städtische Umstrukturierung in letzter Zeit zu wichtigen Feldern unserer Politik geworden. Damit ist die Frage nach unserem Part im Kampf gegen die Atomkraft in den Hintergrund gerückt. Zumal die Atomenergie seit dem Energiekonsens kein offizielles Staatsziel mehr ist und mit dem vermeintlichen Ausstieg auch viel von der politischen Aufladung des Themas verblasst ist. Nichtsdestotrotz äußern Teile der radikalen Linken Interesse an diesem Thema, insbesondere an den Aktionstagen in Gorleben. Eigeninitiative, Aufbau militanter Strukturen sowie die Vernetzung mit den Strukturen vor Ort sind jedoch auf der Strecke geblieben. Die Spaltungsversuche (und -erfolge) von staatlichen Institutionen und Medien trugen ihr Übriges zur Frustration bei.

this is not a game - this is reality

Nach wie vor sind die Autonomen ein wichtiger Teil des Anti-Atom-Widerstandes, so wie der Kampf gegen die Atomkraft ein Teil unseres linksradikalen Selbstverständnisses ist. Doch ein gemeinsamer Widerstand mit dem Minimalkonsens gegen Atomkraftnutzung ist uns zu wenig! Zu den Castortransporten ins Wendland kommen verschiedene Menschen zusammen. So manche von den DemonstrantInnen entlang der Transportstrecke sind empört über die massenhafte Polizeipräsenz und die Einschränkungen der ihnen zugeteilten Rechte. Aber die Schikanen der Staatsgewalt sind für viele andere

Menschen alltägliche Lebenssituation, da sie als ImmigrantInnen, Obdachlose oder DrogenkonsumentInnen nicht in die kapitalistische Verwertbarkeit passen und täglich Opfer struktureller oder direkter rassistischer Gewalt werden. Wer nur über den Ausnahmezustand während der Castortransporte klagt, scheint nicht zu realisieren, wie sehr die gesellschaftliche Situation von Rassismus, Sexismus und Antisemitismus geprägt ist. Seit Jahren stagniert in Teilen der Anti-Atom-Bewegung die inhaltliche Kritik am kapitalistischen Gesamtkonstrukt, bleibt bei der quasi personalisierten Kritik an den großen Betreiberfirmen und der Regierung stehen und richten den Fokus lediglich auf den Aspekt Umweltschutz. Als Teil der autonomen Gruppen ziehen wir hieraus jedoch nicht etwa die Konsequenz diesen Teilbereich aufzugeben und nicht mehr ins Wendland zu fahren. Im Gegenteil, vielmehr sehen wir hier einen Raum, um weiterführende gesellschafts- und staatskritische Inhalte darzustellen. Dabei suchen wir nicht ein neues revolutionäres Subjekt im Wendland. Aber es gibt hier eine Anzahl von Menschen, die offen für produktive Kritik sind, weil sie hinter der Fassade der vermeintlichen Demokratie zumindest die Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ausgemacht haben und diese nicht hinnehmen wollen. Hier können wir anknüpfen, ein Stück zusammen gehen und neue Strukturen schaffen aus denen eine gemeinsame Gegenkraft entstehen kann.

we want to destroy the whole bakery

Klar ist jedenfalls, dass es beim Protest in Gorleben allein nicht bleiben darf, auch die geplante Erweiterung der Urananreicherungsanlage in Gronau, die Wiederaufbereitungsanlagen bei La Hague und Sellaûeld, der Uranabbau in Australien und die hunderte Atomkraftwerke weltweit dürfen nicht aus unserem Blickfeld geraten. Atomkraft bedeutet Krieg nach außen, indem der Besitz von Atombomben als Drohpotential angestrebt bzw. aufrechterhalten wird und uranhaltige Geschosse eingesetzt werden, wie beispielsweise im Golfkrieg. Solange AKWs, und Forschungsreaktoren laufen, hält sich auch Deutschland die Option auf die Herstellung von Atombomben offen. Atomkraft heißt auch Krieg nach innen, weil hier das Demonstrationsrecht kontinuierlich ausgesetzt wird, ganze Regionen in Belagerungszustand gesetzt werden. Der Einsatz einer Technologie, die Krankheit, Tod und Verwüstung für Menschen und Umwelt bedeutet, – zum Zweck der Gewinnmaximierung – offenbart ein zutiefst menschenfeindliches Verständnis. Aber bei der ausschließlichen Auseinandersetzung mit Atomkraft dürfen wir ebenso wenig stehen bleiben. In ihr zeigt sich, wie an vielen anderen Punkten auch, wie eine bürgerliche Demokratie funktioniert, wie wirtschaftliche Interessen sich durchsetzen, wie Staat, Kapital, Wirtschaft und Politik miteinander verfilzt sind. Es ist daher von grundlegender Bedeutung, den Kampf gegen die Atommafia in einen Zusammenhang mit dem kapitalistischen System zu stellen. Diese Zusammenhänge wollen wir in Form von Flugblättern, Infoveranstaltungen und Protesten thematisieren. Dabei begreifen wir auch militante Aktionen als eine logische Antwort auf den Polizeistaat. Militanz bedeutet für uns verantwortungsvolles, geplantes, organisiertes und zielorientiertes Vorgehen gegen die manifestierten Herrschaftsstrukturen. Denn die Atommaûa ist nicht ein Fehler dieses Systems, sondern ein konsequenter Ausdruck davon.

ready, steady ...

Von der anderen Seite betrachtet kämpfen linksradikale Zusammenhänge in vielen Bewegungen. Aber um der einseitigen Konzentration auf Teilbereichskämpfe zu entkommen sollten wir uns von Zeit zu Zeit an einem Punkt geschlossen dem Staat entgegenstellen. Auch wenn unsere Utopien für ein schöneres, gerechteres Leben wahrscheinlich sehr unterschiedlich sind, so sind wir uns doch einig, dass wir uns Stück für Stück, Stein für Stein der Abschaffung des Kapitalismus, nationaler Konstrukte, rassistischer und patriarchaler HERRschaftsstrukturen annähern wollen.
Der Transport von atomaren Materialien ist Voraussetzung für den Weiterbestand der Atomanlagen, der Atomenergie bis hin zur Option auf die militärische Nutzung der Atomkraft. Auf den Schienen und den Straßen bieten sich strategisch günstige – wenn auch nicht einzig mögliche – Angriffspunkte. Wenn wir es schaffen, dass wir durch dezentrales und vielfältiges Intervenieren die Unberechenbarkeit der Bewegung wieder ein wenig zu verstärken, haben wir schon eine Menge gewonnen!
Wir gehen von dem Grundgedanken aus, den ökonomischen wie politischen Preis, den die Atomlobby und der Staat für die Durchführung der Transporte zu zahlen haben, immens zu erhöhen. Damit ist auch eine wesentliche Erhöhung materieller Schäden gemeint. Wenn wir unsere Präsenz im Wendland reûektieren bleibt das Fazit, dass staatlicherseits immer noch eine große Anzahl von Schergen aufgefahren werden muss um die Transporte zu schützen und dass es weiterhin direkte Aktionen im Vorfeld und während der Castortransporte geben kann. Dies und viel mehr spricht dafür, dass linksradikale Zusammenhänge sich wieder einmischen und der direkten Konfrontation mit den HERRschenden Verhältnissen auch im Wendland nicht weiter aus dem Weg gehen.

... go!

Wie in den letzten Jahren auch, wird es vor Ort eine Infrastruktur geben, die wir nutzen können: Scheunen, Infopunkte, Vokü.
Alles Weitere liegt auch an uns. Also organisiert euch, überlegt euch Möglichkeiten und Wege der direkten Intervention, der Verwirrung! Vergesst nicht, das Jahr hat viele Tage und nicht nur Anfang November gilt es, sich einzumischen. Lasst uns der Atomlobby deutlich machen was wir von ihr halten. Neben BGS und Bullen, Bahn und Siemens sind noch viele andere für die Weiterführung der Atomgeschäfte verantwortlich. Deshalb sollten die Angriffspunkte unserer Aktionen nicht nur die Standorte und Transporte sein, sondern das ganze Spinnennetz der Betreiber, Firmen und Institutionen, die den Betrieb der Atomkraftwerke überhaupt möglich machen.

Deutschland zerlegen, den Atomstaat demontieren!
Schraube für Schraube, Schiene für Schiene!
no.risk, no fun!

militante atomkraftgegnerInnen reloaded juli 2004

AKTUELLE NEWS AUF HTTP://DE.INDYMEDIA.ORG/CASTOR

Immer wieder montags ... Aktionismus reicht nicht. Was tun mit der Bewegung gegen »Hartz IV«?

• • • • Eine Selbstkritik • • • •

Die Montagsdemos begannen in Ostdeutschland, am 26. Juli in Magdeburg. Sie kamen so spontan wie 1989. Privatpersonen meldeten sie an, starteten einen Internetaufruf, verteilten ein paar Handzettel, das war's – eine eindrucksvolle Bestätigung dafür, daß Bewegungen nicht »gemacht« werden.

Als erstes fiel auf: Es waren ganz andere Leute da als sonst. Die politisch wie gewerkschaftlich organisierte Linke wußte nichts mit ihnen anzufangen. »Weg mit Hartz IV!«, die Hauptparole, hat sich im Laufe der Zeit nicht verändert. Politisch gesehen lief die organisierte Linke nicht vorne weg, sondern hinterher. Sie hat es bis jetzt nicht verstanden, die einmalige Gelegenheit zu nutzen, eine Perspektive zu entwickeln.

Im Osten mag die Illusion gehegt worden sein, 1989 werde sich wiederholen, das politische System werde von einer ansteigenden Demonstrationswelle hinweggefegt. Im »realen Sozialismus«, der nicht auf der Klassenherrschaft von Kapitaleignern beruhte, funktionierte das. Die Nomenklatura war eine abgehobene Funktionärsschicht, die vom Wohlwollen der Partei abhing, dem Ort der Vergesellschaftung. Das setzte voraus, daß die Partei einen Konsens herstellen oder jedenfalls Gegenströmungen weitestgehend ausschalten konnte. Die Montagsdemos brachen den Konsens auf, das Herrschaftsgebäude bröckelte.

Wo aber die Warenform als unpersönliche, verdinglichte Herrschaftsform der Kapitalbesitzer die Gesellschaft zusammenhält, kann man in der Zirkulationssphäre demonstrieren, soviel man will: Wenn die Macht des Kapitals nicht in der Produktionssphäre angegriffen wird, wenn darüber hinaus die herrschende Klasse zusammenhält wie Pech und Schwefel und Arend Oetker die CDU zusammenstaucht, weil sie nicht erkennt, daß der Schulterschluß mit der Regierung gegen die erwerbsabhängige Bevölkerung wichtiger ist als ihre parteipolitische Profilierung auf Kosten der SPD – dann kriegt man mit Demonstrieren allein die Hartz-Gesetze nicht weg.

Das spricht nicht gegen die Montagsdemos, aber es fordert mehr als blinden Aktionismus, der sich im organisatorischen Rödeln erschöpft und in der Substanz eine Art Opportunismus gegenüber der Bewegung darstellt

Lunte nicht gerochen

Spontaneität, Massivität und Radikalismus der Bewegung in Ostdeutschland kontrastierten von Anbeginn mit der weitaus niedrigeren Beteiligung im Westen, die viel stärker von bekannten Organisationen dominiert war.
Im Westen staunte man, thematisierte aber nicht. Völlig übersehen wurde, daß die Hartz-Gesetze im Osten das Streichholz an der Lunte der gescheiterten »deutschen Einheit« sind, was Studien und Stellungnahmen im Verlauf des Jahres belegten. Nach wie vor gibt es in der Westlinken keine Antwort darauf, daß Ostdeutschland nur ein Experimentierfeld für Maßnahmen darstellt, die mit zeitlicher Verzögerung den Westen erreichen (z.B. die Aushebelung des Flächentarifs).

Die Herstellung einer Einheit von unten – im deutschen Maßstab nicht weniger erforderlich als im europäischen – bricht sich in Deutschland am Standortdenken der Gewerkschaften, an arroganten Reflexen gegenüber Ostdeutschen, an einer »antivölkischen« Propaganda, die den Hauptfeind in denen sieht, die sich wehren, nicht im Kapital. Man mag der MLPD vorwerfen, die Losung »Das Volk sind wir!« in einem populistisch nationalen Sinne zu verwenden. Bislang

aber gibt es kein Angebot der Linken, eine Einheit von unten auf einer Klassenbasis mit internationalistischer Zielsetzung herzustellen. Das macht es der Arbeiterbewegung unmöglich, der Spaltungspolitik der Herrschenden etwas entgegenzusetzen und in die Offensive zu kommen.

Kalte Füße gekriegt

Hartz IV, das werden Erwerbslose nicht müde zu betonen, ist in erster Linie ein Angriff auf das Lohnniveau und müßte den Widerstand der Gewerkschaften hervorrufen. Die DGB-Spitze jedoch bekam nach dem Anrollen der Montagsdemos kalte Füße und gab ihre ursprüngliche Haltung auf, den Wahlzirkus im September abzuwarten, um sich eventuell neu zu positionieren. Statt dessen richtete Michael Sommer eine Ergebenheitsadresse an den Kanzler: Die Basisgliederungen dürften machen, was sie wollten, der DGB verstehe die Demonstrierenden, mit ihnen gemein machen wolle er sich aber nicht. Als Vorwand dieser blanken Entsolidarisierung mit den Erwerbslosen diente die Unterwanderung durch Nazis – eine bewußte weitere Schwächung der gewerkschaftlichen Position aus falscher Loyalität gegenüber der Regierung.

Die Einzelgewerkschaften scheinen sich auf die Salamitaktik einzulassen: Gegen Hartz gehen die Erwerbslosen auf die Straße; sie kämpfen erst, wenn es um Tarife geht, z.B. im Winter gegen die Verlängerung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst der Länder. Auf diese Weise geht jeder alleine unter.

Die Gewerkschaftslinke hat dieser Haltung nichts entgegenzusetzen. Ihre Aufgabe wäre es aber, die Aufklärung über Hartz IV in die Betriebe zu tragen, eine Kommunikation zwischen den dort Beschäftigten und den Demonstrierenden herzustellen und damit Bedingungen für betriebliche Aktionen zu schaffen. In der Theorie über die Krise der Gewerkschaften gibt es bei ihr ein Verständnis dafür, daß Gewerkschaften den politischen Raum besetzen müssen. In der Praxis folgt daraus nichts. Sehr zurückhaltend beteiligen sich kritische Gewerkschafter an den Montagsdemos; bei der Demonstration vor den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen hat der ver.di-Landesbezirk gefehlt. Mangelnde gewerkschaftliche Beteiligung ist die größte Schwachstelle der Bewegung. Die Gewerkschaften bleiben der strategische Dreh- und Angelpunkt für die Durchsetzung sozialer Forderungen.

Auf Führer gewartet

Redner der Gewerkschaften, auch linke, haben sich auf den Montagsdemos viel Kritik anhören müssen – auch die undifferenzierte derer, die sich im Stich gelassen fühlen und nicht warten können. Die Haltung war vor den Mikrofonen durchgängig radikaler als dahinter. An dieser Wut war abzulesen, daß Radikalismus, der aus der Verzweiflung kommt, schnell in falsche Richtungen abgleiten kann. Erfolge der Nazis auf manchen Demonstrationen belegen das. Dem begegnet man aber sicher nicht dadurch, daß man sich wie die MLPD als bessere Populisten aufspielt und vorspiegelt, hier sei ein Aufstand im Gang, der nur auf die richtigen Führer wartet, um das Kanzleramt zu stürmen.

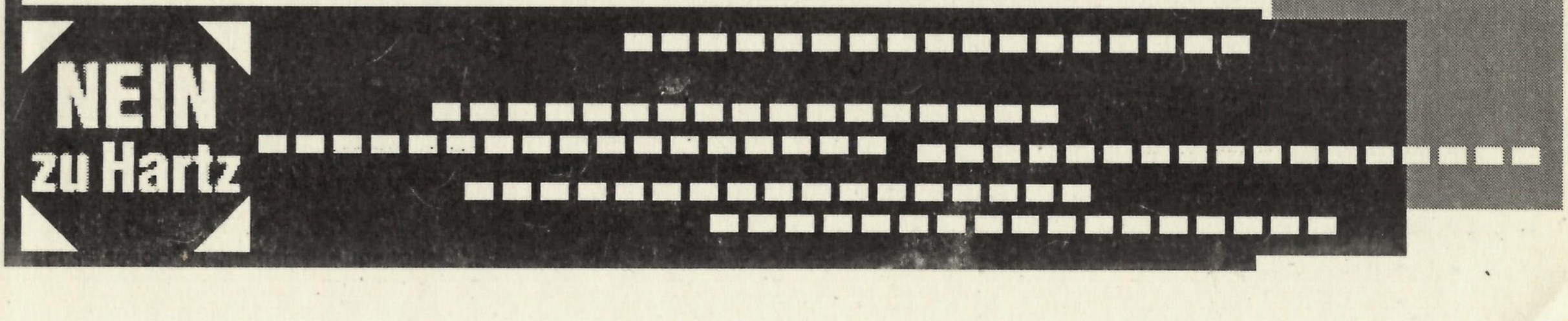
Die Beschränkung auf »Hartz IV muß weg!« ist zugleich ein Garant großer Breite wie auch ein Hindernis für die Herstellung eines weiterführenden gesellschaftlichen Bündnisses. Hartz IV ist nur ein Mosaikstein in einem strategischen Konzept der Herrschenden. Wenn man dieses nicht in Frage stellt, wird man einzelne Teile nicht zu Fall bringen können. Damit soll nicht abstrakten Maximalprogrammen das Wort geredet werden, sondern der Verbreiterung der Basis der Mobilisierungen. Die verschiedenen Aspekte einer notwendigen Gegenstrategie – vom Mindesteinkommen über den Mindestlohn bis hin zum Kampf um die Arbeitszeit und einer Umverteilung von oben nach unten – müssen als Facetten ein- und desselben Kampfes behandelt werden; dürfen nicht auseinandergerissen werden – weder in einzelne Forderungen noch in einzelne Schritte. Auf die Herstellung der Zusammenhänge kommt es an – in der Argumentation wie in der politischen und organisatorischen Praxis.

Den Montagsdemos fehlt innere Dynamik, deshalb werden sie am Schluß zu Ritualen. Es muß etwas passieren, das den Zusammenhalt der Demonstrierenden kräftigt und andere Bevölkerungsteile einbezieht, z.B. der Aufbau geeigneter Strukturen, den vom ALG II Betroffenen unmittelbar zu helfen. Oder die Organisation von Informationsversammlungen in den Betrieben zu Hartz IV mit Vertretern von Erwerbsloseninitiativen. Oder Diskussionen über längerfristige Perspektiven und die Verstärkung der Ost-West-Zusammenarbeit.

Das alles würde den Beteiligten helfen, ihr Gefühl der Ohnmacht zu überwinden, den Montagsdemos eine Perspektive geben. Hartz IV wäre noch nicht weg, man wäre aber einen Schritt weiter im Aufbau einer solidarischen Gegenwehr. Noch sind die Möglichkeiten für solche Ansätze nicht vertan:
Der 17. November kann ein Tag des betrieblichen Protests werden.

von Angela KLein

Eine ausführliche Fassung des Textes erscheint in der aktuellen SoZ



Lichtstrahl trifft auf Diamanten

Soziale Kämpfe in Südafrika zehn Jahre nach der Apartheid

Südafrika ist in Feierlaune: Zehn Jahre Demokratie und Freiheit, die dritten demokratischen Wahlen und der Gewinn der Austragungsrechte für die erste Fußballweltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent sind Anlass genug. Nach den Jahren der Apartheid und einem faktischen Bürgerkriegszustand in Südafrika erscheint das letzte Jahrzehnt wie das Script zu einer Hollywood-Love-Story mit multikulturellem Hintergrund. Erst zankt man sich, dann erkennt man die Fähigkeiten und Talente des anderen, und am Ende gibt es die rauschende Hochzeit und das unvermeidliche Happy End.

In den letzten Monaten wurde das südafrikanische "Wunder", womit der friedliche Übergang von Apartheid zur Demokratie gemeint ist, auf bizarrste Weise gewürdigt. Der weltgrößte Diamantenförderkonzern De Beers, dessen Reichtum auf jahrelanger Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskraft basiert, schaltete im ganzen Land großflächige Anzeigen: Ein Lichtstrahl trifft auf einen Diamanten, der den weißen Strahl in die Farben der südafrikanischen Nationalfahne auffächert. Der dazugehörige Spruch symbolisiert das schlechte Gewissen der weißen südafrikanischen Wirtschaft. Statt des bekannten "Ein Diamant ist für immer" heißt es dort "Bildung ist für immer". Eine Anspielung auf den sozialen Entwicklungsfonds der Firma, der wohl kaum etwas an der Bildungskrise der schwarzen Bevölkerung ändern wird.

Das Beispiel ist nur eines von vielen, in denen die Profiteure von 350 Jahren Kolonialismus und Apartheid versuchen, durch Werbekampagnen, Sponsoring und Spenden an soziale Einrichtungen von ihrem schlechten Image wegzukommen. Gleichzeitig wirkt es ungewollt wie eine Anerkennung der historischen Schuld des Kapitals an der sozialen Situation im Land. Und weiter kann man es als ein Dankeschön lesen. Ein Dankeschön an die Regierungspartei ANC (*African National Congress*) dafür, dass sie sich von sämtlichen sozialistischen Vorstellungen für die Post-Apartheid-Ordnung verabschiedet hat.

Ein Dankeschön an den ANC

Zehn Jahre nach den ersten freien Wahlen sind die sozialen Indikatoren in Südafrika verheerend. Jenseits der Etablierung einer kleinen schwarzen Mittelklasse und einigen schwarzen Multimillionären entspricht die postkoloniale Reichtumsverteilung dem kolonialen Muster. Mehr als 60 Prozent der SüdafrikanerInnen haben keinen Zugang zu mindestens einer Leistung der Grundversorgung: Wohnung, Wasser, Toiletten, Strom oder Heizung. Knapp 50 Prozent - in aller Regel Angehörige der schwarzen Bevölkerungsmehrheit - leben unter der nationalen Armutsgrenze von ungefähr 40 Euro im Monat. (1) Die Einkommensungleichheit in Südafrika ist in den letzten Jahren gestiegen. (Ausführlicher zur sozialen Entwicklung des Landes in *ak* 483.)

Diese Situation ist nicht zuletzt dem wirtschaftlichen Kurs des ANC geschuldet. Nach einer kurzen Phase einer an den sozialen Notwendigkeiten orientierten Umverteilungs- und Entwicklungspolitik ist der ANC 1996 deutlich zu neoliberalen Konzepten umgeschwenkt. Sparpolitik, Privatisierung und Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Investitionen sind die tragenden Säulen des neuen Kurses. Die Einbindung in den Weltmarkt hat auf Grund struktureller Schwächen der südafrikanischen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit auf 40 Prozent ansteigen lassen.

Seit Ende der neunziger Jahre sind die Auswirkungen von Sparpolitik und Privatisierungen im ganzen Land spürbar geworden. So stiegen z.B. in Soweto, dem größten Township des Landes, die Strompreise um 47 Prozent an. Vielen Haushalten, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten, wurde der Strom abgestellt. Trevor Ngwane vom *Soweto Electricity Crisis Committee* (SECC) berichtet, dass 2001 in Soweto mehr Leuten der Strom abgestellt wurde, als dass neue Haushalte ans Stromnetz angeschlossen wurden. (2) Dies hat zu einer Rückkehr von billigeren aber gefährlichen Praktiken, wie dem Kochen und Heizen mit Paraffin geführt. Jede Woche verbrennen in den Townships Menschen, weil Paraffin-Kocher umkippen und sich das Feuer schlagartig ausbreitet.

Mit dem Schwinden der Perspektive auf ein besseres Leben wächst die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik. Infolgedessen hat sich seit Anfang des Jahrzehnts eine feste Struktur von linken NGOs und Organisationen herausgebildet, die sich selber als soziale Bewegungen bezeichnen. Diese Kerne einer neuen klassenkämpferischen Linken knüpfen an die hohe Politisierung und Militanz der Menschen aus der Zeit des Anti-Apartheid Widerstands an und stellen die Hegemonie des ANC von der Basis her in Frage. In den Bewegungen organisieren sich diejenigen, die durch ihre noch aus den Zeiten der Apartheid rührenden Konzentration in den Townships und informellen Siedlungen nicht nur ökonomisch, sondern auch geographisch marginalisiert sind. Es sind soziale Basisorganisierungen, die sich um alle Probleme des Alltags kümmern, wie Jobprobleme, Nahrungsmittelknappheit aber auch Kindesmisshandlungen. Viele der führenden AktivistInnen sind früher selbst im ANC aktiv gewesen oder haben ihn aktiv unterstützt und sind in den letzten Jahren etwa wegen ihrer Kritik am Privatisierungskurs aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Der ANC reagiert auf öffentlich geäußerte innerparteiliche Kritik derart harsch, obwohl er seit der letzten Wahl sogar über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt. Doch langfristig fürchtet er um seine Hegemonie in der schwarzen Bevölkerung. Denn mit dem Ausbleiben materieller Verbesserungen und dem Fehlen einer ernsthaften Entwicklungsperspektive für einen Großteil der Bevölkerung ist links vom ANC ein politisches Vakuum entstanden, welches die neuen Bewegungen füllen. Dennoch ist der ANC im politischen Feld bislang unangefochten, und selbst viele von der Regierungspolitik Enttäuschte haben ihm bei den Wahlen eine zweite Chance gegeben. Bis auf einige kleinere Parteien sind alle linken Alternativen zum ANC in die Regierung eingebunden. Der ANC tritt zu den Wahlen als Drei-Parteien-Allianz an. Neben ANC-Kandidaten sind auf den Listen auch Kandidaten der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsdachverband COSATU vertreten. Die KP wird auf Grund der Einbindung in die Regierung und ihrer personellen Mitverantwortung für die Durchsetzung der neoliberalen Agenda von der Linken nicht mehr als Bündnispartner angesehen.

Linke Basisbewegungen entstehen

Seit Jahren wird darüber spekuliert, wie lange die Allianz aus den Tagen des Anti-Apartheid-Kampfes noch halten wird. Die KP fühlt sich dem Bündnis mit dem ANC weiter verpflichtet, doch COSATU gilt auf Grund der formellen Ablehnung des neoliberalen Kurses als Wackelkandidat im Machtblock. Allerdings haben die Gewerkschaften im Zuge der Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre viele Mitglieder verloren und stehen mit dem Rücken zur Wand. Bisher zögern sie, den offenen Bruch mit der Regierung zu suchen. Folglich gibt es zwischen den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen bisher nur Bündnisse auf lokaler Ebene, wie z.B. zwischen den Basisbewegungen und der Gewerkschaft der Stadtangestellten.

In den Townships verfügt der ANC nach wie vor über loyale Netzwerke von PolizistInnen, PolitikerInnen und Vorfeldorganisationen, die den AktivistInnen das Leben schwer machen. In den letzten Monaten kam es im Raum Johannesburg mehrfach zu tätlichen Angriffen aus diesem Spektrum gegen Aktive des *Anti Privatisation Forums* (APF), das die Communities über Privatisierungen und die Installierung von Prepaid-Wasserzählern informiert. Ähnlich in Mandela Park im Township Khayelitsha nahe Kapstadt, wo viele Häuser einer vom Staat und den Banken eingesetzten Gesellschaft gehören. Viele Bewohner können die Hypotheken auf ihre Häuser nicht mehr abbezahlen und erleben das "Rightsizing", d.h. sie werden in kleinere Häuser verfrachtet, die häufig noch weiter außerhalb liegen. Dagegen organisiert die *Anti Eviction Campaign* ("Anti-räumungskampagne") seit 2001 Widerstand. Im Februar 2003 wurde der Aktivist Max Ntanyana von Zivilpolizisten für mehrere Stunden entführt, um ihn einzuschüchtern und als Spitzel für den südafrikanischen Geheimdienst zu gewinnen. Im Jahr zuvor haben die Banken gegen ihn ein gerichtliches Verbot erwirkt, welches ihm u.a. verbietet, Räumungen zu verhindern oder andere Menschen dazu anzustiften. Der Beschluss beinhaltet außerdem ein Besuchsverbot von Treffen seiner eigenen Organisation. Diese Form von politischem Betätigungsverbot basiert auf alten Apartheid-Gesetzen und wird aktuell vom *Freedom of Expression Institute* (Institut für freie Meinungsäußerung) aus Johannesburg juristisch angegangen.

Zur einflussreichsten nichtparlamentarischen Organisation im Land ist mittlerweile die *Treatment Action Campaign* (TAC) angewachsen, die sich für die freie Herausgabe von AIDS-Medikamenten und gegen die Stigmatisierung von HIV-Positiven einsetzt. Anders als die sozialistisch orientierten Gruppen pflegt die TAC ein pragmatisches, aber nicht reibungsloses Verhältnis mit dem ANC. Sie hat mittlerweile ein breites Netz von Basisorganisierungen aufbauen können und integriert SüdafrikanerInnen unterschiedlicher Hautfarben. Aber sie geht in ihrer politischen Agenda nicht über die AIDS-Thematik hinaus.

Aneignung konkret: "Gas, Wasser, Scheiße"

Die sozialen Bewegungen fordern in ihren Protesten vom Staat, dass er seiner Entwicklungsrhetorik auch Taten folgen lässt. Neben moderat anmutenden Forderungen, wie der nach niedrigen Festpreisen für Strom und Wasser, haben sie jedoch auch eine militante Praxis entwickelt. Sie steht in der Tradition der Boykottbewegungen aus der Apartheid-Zeit und ist eine reale Gegenmacht gegen weitere Verschlechterungen der Lebensbedingungen. So schließen AktivistInnen ihre Nachbarn, denen auf Grund unbezahlter Rechnungen Strom oder Wasser abgestellt wurde, wieder illegal ans Netz an oder verfrachten auf Grund von Mietschulden geräumte Familien wieder zurück in ihre Häuser.

Mit den Kämpfen ist die Loyalität der Bevölkerung zu ihrer neuen Elite immerhin etwas brüchig geworden. Eine wachsende Zahl von Menschen, die noch aus den Jahren des antikolonialen Widerstands einen enormen Schatz an politischer Kultur und Kampferfahrungen mitbringt, hat ihren Ungehorsam wiederentdeckt - und ihr Selbstbewusstsein. Doch auch die neuen Bewegungen stecken voller Widersprüche. Ein wichtiger ist der zwischen der hohen Beteiligung von Frauen an den Aktivitäten und ihrer geringe Repräsentation in Entscheidungsstrukturen. Auch an Kader- und Leadershipstrukturen, die noch von der autoritären Verfasstheit der politischen Organisationen aus dem Befreiungskampf herrühren, wird weiter festgehalten. Die Dynamik der Kämpfe ist derzeit noch schwer einzuschätzen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob sie von staatlicher Seite integriert werden können. Eine wichtige Rolle wird hierbei der Ausgang der Debatte um die Formierung einer eigenen Partei spielen, die derzeit in der außerparlamentarischen Linken Südafrikas geführt wird.

Romin Khan

Vom 10.- 21. November wird Ashraf Cassiem von der Anti Eviction Campaign aus Kapstadt in Deutschland zu Besuch sein. Geplant sind Veranstaltungen in Berlin, Hamburg, Frankfurt am Main und Erfurt. Nähere Informationen unter fels@nadir.org

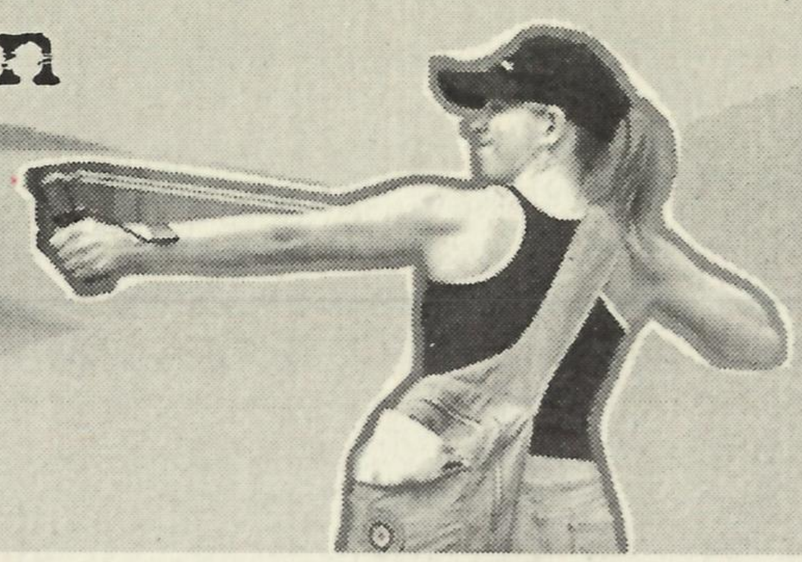
Anmerkungen:

1) Die Angaben stützen sich auf die Zahlen, die im aktuellen Bericht der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung veröffentlicht wurden. Der Bericht ist abrufbar unter: http://www.undp.org.za/NHDR2003.htm

2) Das komplette Interview mit Trevor Ngwane kann nachgelesen werden unter:http://www.newleftreview.net/NLR25603.shtml

http://www.akweb.de

Opposition im virtuellen Niemandsland



Analyse der politischen Situation nach dem gescheiterten Referendum gegen Chavez

Die venezolanische Opposition weigert sich, die Ergebnisse der Volksabstimmung über den Präsidenten Hugo Chavez vom 15. August anzuerkennen. Ihre Wahrnehmung der gesellschaftlichen Lage unterscheidet sich gänzlich von der der Menschen in den Barrios und den Basisorganisationen, die Chavez bestätigt haben. Obwohl Chavez als Leitfigur fungiert, lebt die bolivianische Revolution doch von einem bis dato einzigartigen Prozess der Selbstorganisierung und der politischen Partizipation der Unterschichten.

Die Situation in Venezuela ist nicht nur politisch brisant, sie gibt auch medientheoretisch einiges her. In dem südamerikanischen Land scheint Baudrillards Satz von den Bildern, die nur noch auf sich selbst verweisen, Wirklichkeit geworden zu sein. Die Berichterstattung der privaten Medien hat sich losgelöst von der Realität, wie sie die Bevölkerungsmehrheit erlebt und wie sie auf der Straße zu beobachten ist. Eine komplette Ober- und Mittelschicht scheint eingetaucht in einen Raum des Simulacrums, lebt also in einem medial produzierten Trugbild. Anders als bei Baudrillard sind der Virtualität jedoch enge Grenzen gesetzt. Immerhin sind die Wohlstandsenklaven der venezolanischen Eliten ökonomisch ja weiterhin von jener „dunkelhäutigen, irgendwie schmutzigen" Gesellschaft abhängig, zu der man eigentlich nicht dazugehören möchte. Die völlige Selbstreferenzialität medialer Bilderwelten wird auf Dauer zum Problem, denn eine Produktion findet in einer ganz realen Gesellschaft mit handfesten sozialen Konflikten statt. Tatsächlich erinnert die Berichterstattung der venezolanischen Medien auch vier Wochen nach dem gescheiterten Referendum gegen Präsident Chavez am 15, August immer noch an eine absurde Fassung von „Matrix". Weil die Wahlen mit 59,25 Prozent Zustimmung für den Präsidenten aus Sicht der bürgerlichen Opposition katastrophal ausgegangen sind, verweigert diese schlichtweg die Wahrnehmung der Realität, Das Ergebnis wird als gefälscht bezeichnet. Die automatischen Wahlmaschinen, die erstmals eingesetzt wurden, um Manipulationen bei Stimmabgabe und Auszählung zu verhindern, seien manipuliert worden. Da es neben dem elektronischen Zählverfahren auch einen Kontrollmechanismus mit Stimmzetteln gab, die die WählerInnen ausgedruckt bekamen und in die Urnen werfen mussten, behaupten die Bürgerlichen ergänzend, Tausende von Urnen seien ausgetauscht worden. Und weil dies wiederum von den WahlbeobachterInnen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) und des Carter Centers, die der Regierung Chavez bis dato nicht gerade wohlgesonnen gegenüberstanden, für unmöglich gehalten wird, wirft die Opposition den beiden internationalen Einrichtungen vor, mit dem Präsidenten unter einer Decke zu stecken. Diese eigenwillige Argumentationskette stützt sich auf eine einzige Grundlage: auf die Meinungsumfragen der oppositionellen Initiative Sumate. Das aus den USA finanzierte Kampagnenbüro zählte am 15. August eine Ablehnung von 59 Prozent der Bevölkerung gegen den Präsidenten. Wenn das Wahlergebnis nun genau andersherum aussehe, so die Opposition, könne es sich nur um einen Betrug handeln. Was für eine Logik: Die Wirklichkeit - das sind die Fernseh berichte, Meinungsumfragen und Zeitungsartikel. Alles, was davon abweicht, ist „Manipulation" oder gar - wie ein oppositionsnaher Leitartikel in der spanischen Tageszeitung ABC im August verlautbarte- „virtuelle Realität". Absurder geht es kaum..

Die wichtigste Erkenntnis nach dem Referendum dürfte damit darin bestehen, dass Venezuela in den vergangenen Jahren keineswegs, wie in Medien stereotyp verbreitet wird, in erster Linie von Präsident Chavez polarisiert worden ist, Der soziale Bruch der venezolanischen Gesellschaft reicht mindestens zwei Jahrzehnte weiter zurück und auch für die politische Eskalation ist die Opposition ungleich stärker verantwortlich. Seit 1999 verteufeln die Bürgerlichen eine von fast 90 Prozent der WählerInnen bestätigte Verfassungsreform, die immerhin die Mitbestimmungsmöglichkeiten stark erweitert hat, als „undemokratisch". 2001 rief sie zurn Generalstreik gegen eine Landreform auf, die brachliegenden Großgrundbesitz in die Hände von KleinbäuerInnen überführen soll. Wenige Monate später inszenierte sie im April 2002 einen Putschversuch, nachdem die Umstrukturierung des staatlichen Erdölunternehmens PDVSA angekündigt worden war. Als dieser scheiterte, versuchte sie zur Jahreswende 2002/ 2003 mit Sabotageakten und Aussperrungen den Zusammenbruch der Regierung herbeizuführen. Der innenpolitische Konflikt in Venezuela hat eine sehr schlichte Ursache: Eine ökonomisch privilegierte Minderheit will nicht zulassen, dass eine demokratisch legitimierte Regierung mit Sozialreformen an der Macht- und Reichtumsverteilung im Land rüttelt.

Chavez und sein Transformationsprojekt

Dass Präsident Chavez das Referendum so deutlich gewinnen konnte, hatte vor allem mit den Misiones: den Sozialprogrammen der Regierung, zu tun, Die Erfolge der Kampagnen sind bemerkenswert. Innerhalb weniger Monate sind Hunderte von Gesundheitsposten, Schulen und Mercal-Läden (zur Verteilung subventionierter Grundprodukte) neu entstanden. Überall im Land trifft man auf Klassen von Erwachsenen, die im Rahmen der Misiones Robinson und Ribas Lesen und Schreiben lernen oder den Schulabschluss nachholen. Mehr als 10.000 kubanische Ärzte und Ärztinnen sind mit dem Programm Baris Adentro in die Armenviertel gegangen und gewährleisten dort die medizinische Grundversorgung der Bevölkerung.

Das Hervorhebenswerteste an diesen Programmen ist, dass die Misiones nicht einfach als paternalistische

Sozialmaßnahmen des Staates daherkommen. In vielen Stadtteilen und Dörfern ergänzen sich Selbstorganisierungsbemühungen und Unterstützung durch die Regierung auf ziemlich produktive Weise. Dass die Misiones wesentlich von Nachbarschaftsorganisationen getragen werden. dürfte mit zwei Ursachen zu tun haben: zum einen mit der Unfähigkeit der Staatsbürokratie und dem Fehlen einer klassischen linken Avantgardepartei, die den sozialen Bewegungen einen enormen Raum verschaffen. So ist das venezolanische Transformationsprojekt bislang im besten Sinne von Improvisation geprägt.

Zum anderen ist für den Protagonismus der Basisorganisationen aber durchaus auch ein politisches Konzept verantwortlich. Die bolivianische Verfassung von 1999 sieht den Übergang von einer repräsentativen zu einer „partizipatorischen, protagonistischen Demokratie" vor. Tatsächlich werden, was international bisher kaum wahrgenommen wird, Bürgerbeteiligung und Selbstverwaltung auf allen Ebenen gefördert. Das Konzept, politische Repräsentation durch Formen der Selbstregierung zu ersetzen unterscheidet die Entwicklung in Venezuela auch grundlegend von den Prozessen in Nicaragua, El Salvador oder Kuba. Dort war in der Vergangenheit zwar auch viel von poder popular (.Volksmacht") die Rede, diese Macht wurde aber wesentlich von linken Parteien und ihren sozialen Unterabteilungen ausgeübt. Eher als am sandinistischen Nicaragua oder am staatssozialistischen Kuba orientiert sich das venezolanische Projekt, zumindest bislang, an Bewegungserfahrungen. Die neu gegründeten Consejos de Planificacion Local (Lokale Planungsrate) etwa haben die BürgerInnen-Mitverwaltung der Kommunalhaushalte im südbrasilianischem Rio Grande do Sul zum Vorbild. Und die nach wie vor überaus dynamische Stadtteilbewegung Venezuelas ähnelt in ihrer horizontalen Struktur viel eher der brasilianischen Landlosen-Bewegung als den nicaraguanischen oder kubanischen „Komitees zur Verteidigung der Revolution",

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass Präsident Chavez, der - was das wichtigste Argument gegen den Vorwurf des Populismus sein dürfte- die Bevölkerung immer wieder zur Selbstorganisierung aufruft, selbst die Kampagne zum Referendum in die Hände solcher Netzwerke gelegt hat. Ausdrücklich rief er die Bevölkerung im Sommer 2004 dazu auf, nicht auf die politischen Parteien zu warten, sondern sich selbstständig als Initiativen für das Nein zu konstituieren. Man kann das für eigennützig halten - immerhin ging es um den Verbleib von Chavez im Amt -, ganz konkret lässt es sich aber auch als Stärkung der Bewegungen gegenüber den Parteien als klassischen Trägern politischer Repräsentation interpretieren.

Die Basis ist der Schluesselfaktor

Der Trend zur Basisorganisierung weist jedoch auch auf mögliche Bruchlinien innerhalb der bolivarianischen Revolution hin. Bislang ist das venezolanische Projekt eine bunte Mischung aus Denkansätzen. Was Bildungswesen und Antiimperialismus angeht, orientiert man sich an Kuba. Hinsichtlich der kommunalen Selbstverwaltung blickt man nach Brasilien, bei der Kritik des Neoliberalismus zitiert man gern die links-keynesianischen RedakteurInnen von Le Monde Diplomatique, Symbolik und Diskurs der Revolution schließlich schöpfen gleichermaßen aus dem christlichen Messianismus, der Tradition der Guerillagruppen der sechziger und siebziger Jahre sowie den von der französischen Revolution beeinflussten ProtagonistInnen der antikolonialen Befreiungskriege des frühen 19. Jahrhunderts.

Von einem theoretischen Standpunkt aus betrachtet, muss ein solches Projekt eigentlich eher mittel- als langfristig an seiner Heterogenität zerbrechen. Doch glücklicherweise haben gesellschaftliche Veränderungen mit Theorie in der Regel wenig zu tun. Unmittelbar vor dem Referendum äußerte Gonzalo Gomez, einer der linken Wortführer und Medienaktivist beim Nachrichtenportal www.aporrea.org, die Ansicht, es werde nach dem Referendum zu einer Klärung des politischen Projekts kommen. Gomez unterschied dabei ganz klassisch zwischen denen, die gewisse Reformen, und jenen, die eine radikale Veränderung der Gesellschaft anstreben. Doch bei genauerer Betrachtung erweist sich die Angelegenheit als weitaus komplizierter, Immerhin scheiden sich die Geister nicht nur an der Frage, ob man neben Reformen für Verteilungsgerechtigkeit, auch eine Umgestaltung von Arbeit und Wirtschaft anstrebt, sondern auch daran, welche Rolle Basisorganisationen respektive politische Repräsentationen dabei zukommt.

Bisher gibt es keine eindeutigen politischen Lager, in denen sich die AnhängerInnen von Basismacht oder Staatlichkeit, reformiertem Kapitalismus oder Sozialismus sammeln könnten. Mit den Parteien und vielen PolitikerInnen um Chavez ist auch das Gros der Chavez-WählerInnen unzufrieden. Man weiß zu gut, wie schnell sich politische Eliten verselbständigen. Eine wachsende Zahl von KritikerInnen weist darauf hin, dass es nicht reicht, bessere Leute in Führungspositionen zu bringen, sondern Strukturen aufgebaut werden müssen, in denen Politik und Verwaltung permanenter sozialer Kontrolle und Mitbestimmung unterworfen sind. Auch für viele FührerInnen der Regierungsparteien dürfte diese Haltung der demokratischen Aneignung von unten unangenehm werden. Dementsprechend groß ist das Konfliktpotenzial. Paradoxerweise ist der Erfolg der Demokratisierungsbewegung wesentlich von einer Person abhängig: Chavez. An sich müsste er, der in der Bewegung die unangefochtene Rolle des Heroen einnimmt, einer solchen Entwicklung ebenfalls mit geteilten Gefühlen gegenüberstehen. Doch andererseits hat er sich seit dem Putschversuch im April 2002 -wohl auch aus Ernüchterung über die ihn stützende Parteienkoalition - immer deutlicher für die Stärkung der Bewegungen ausgesprochen.

Venezuela bleibt für Überraschungen gut. Hoffentlich auch weiterhin für erfreuliche.

Raul Zelik

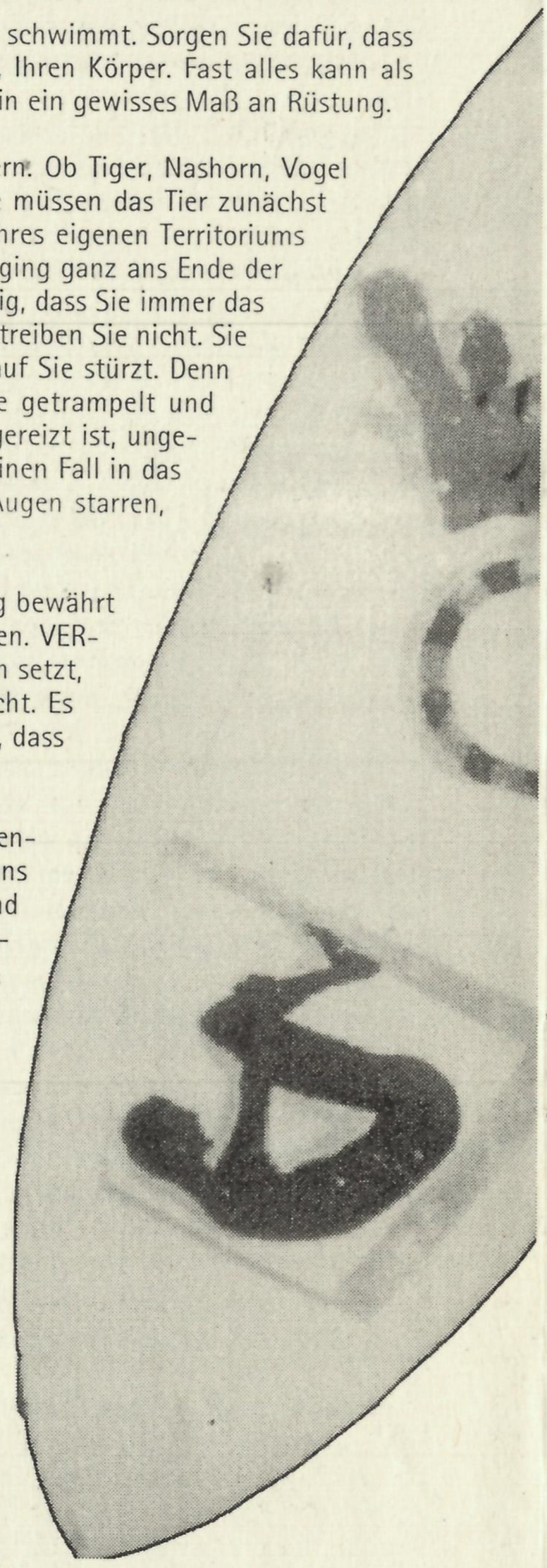
Anleitungen die die Welt nicht braucht - Teil 1: Was tun, wenn Mensch sich mitten auf dem Ozean mit einem 3 Meter langem Königstiger auf einem 7 Meter langen Boot befindet? ...na klar, den Tiger zähmen.

Allen, die sich jemals in der Notlage finden sollten, in der ich mich befand, würde ich das folgende Programm empfehlen:

1. Beginnen Sie an einem Tag, an dem die Wellen nicht zu hoch, doch gleichmäßig sind. Man muss die See ordentlich spüren, wenn das Boot quer zu ihr steht, aber es soll natürlich nicht kentern.

2. Geben Sie dem Treibanker gut Leine, damit das Rettungsboot so stabil wie nur möglich schwimmt. Sorgen Sie dafür, dass Sie eine Zuflucht parat haben (Sie werden sie brauchen). Schützen Sie, soweit möglich, Ihren Körper. Fast alles kann als Schild dienen. Kleider oder Decken, die man sich um die Gliedmaßen wickelt, sind immerhin ein gewisses Maß an Rüstung.

3. Jetzt beginnt der schwierige Teil: Sie müssen das Tier, das Sie gefährdet, herausfordern. Ob Tiger, Nashorn, Vogel Strauß, ob Wildschwein oder Braunbär – ganz gleich, mit wem Sie es zu tun haben, Sie müssen das Tier zunächst einmal reizen. Das beste Mittel dazu ist erfahrungsgemäß, dass Sie ganz an den Rand Ihres eigenen Territoriums gehen und demonstrativ an die Demarkationslinie treten. Genau das habe ich getan: Ich ging ganz ans Ende der Plane, stampfte auf die Mittelbank und blies meine Pfeife, doch nicht zu laut. Es ist wichtig, dass Sie immer das gleiche Geräusch machen, etwas, das als Zeichen Ihres Angriffs wiedererkennbar ist. Übertreiben Sie nicht. Sie wollen Ihr Tier herausfordern, aber auch nicht zu sehr. Sie wollen ja nicht, dass es sich auf Sie stürzt. Denn wenn es das tut, dann gnade Ihnen Gott. Sie werden zerstückelt, zerfleischt, zu Tode getrampelt und höchstwahrscheinlich gefressen. So weit darf es nicht kommen. Sie wollen ein Tier, das gereizt ist, ungehalten, verärgert, besorgt, bedrückt, bekümmert – aber keinen Mörder. Dringen Sie auf keinen Fall in das Territorium des Tieres ein. Beschränken Sie Ihre Aggression darauf, dass Sie ihm in die Augen starren, machen Sie Lärm, verspotten Sie es.



4. Wenn das Tier gereizt ist, provozieren Sie eine Grenzverletzung. Nach meiner Erfahrung bewährt es sich, mit dem Gesicht zum Tier langsam rückwärts zu gehen und dazu kräftig zu lärmen. VERLIEREN SIE NICHT DEN BLICKKONTAKT! Sobald das Tier seinen ersten Fuß in Ihr Territorium setzt, ja sobald es auch nur weiter in den neutralen Bereich vordringt, haben Sie Ihr Ziel erreicht. Es kommt darauf an, dass das Tier vermerkt, dass sein Nachbar von oben sehr darauf achtet, dass seine Grenze nicht verletzt wird.

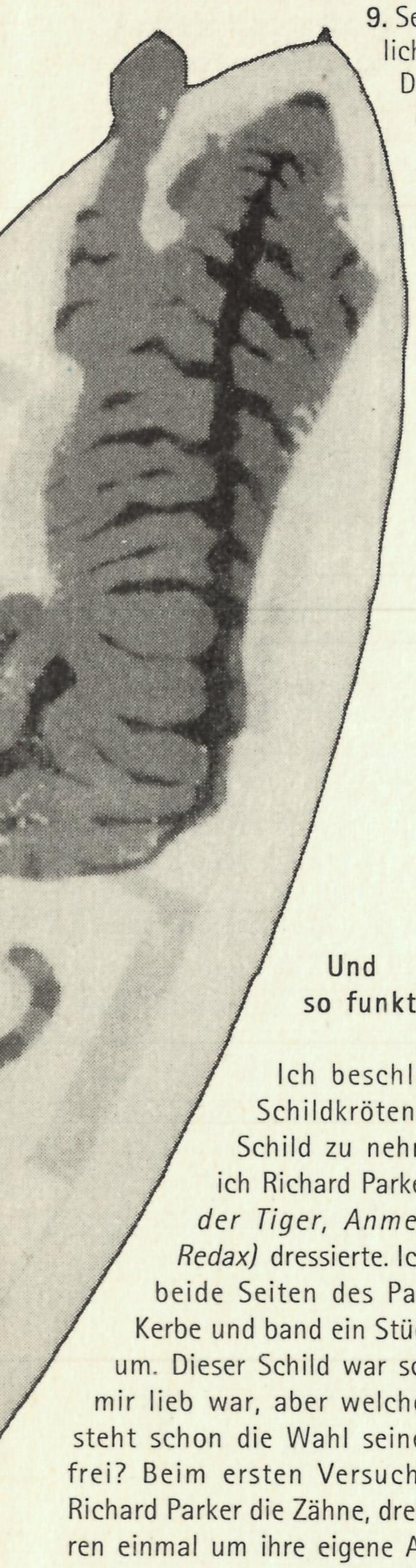
5. Sobald das Tier erst einmal in Ihren Bereich vorgedrungen ist, kennt Ihr Zorn keine Grenzen. Ob Sie nun Ihre Zuflucht jenseits des Rettungsboots gewählt haben oder nur ganz ans Hinterende Ihres Reviers gegangen sind, BLASEN SIE IHRE PFEIFE AUS LEIBESKRÄFTEN und LICHTEN sie SOFORT DEN TREIBANKER. Beides ist von entscheidender Bedeutung. Jede verlorene Sekunde gefährdet den Erfolg. Wenn Sie noch nachhelfen können, dass Ihr Rettungsboot sich quer zu den Wellen stellt, mit einem Ruder zum Beispiel, dann tun Sie das, und zwar unverzüglich. Je schneller Ihr Boot ins Schlingern kommt, desto besser.

6. Das unablässige Trillerpfeifeblasen ist für einen geschwächten Schiffbrüchigen eine schwere Anstrengung, aber Sie dürfen nicht nachlassen. Das verwirrte Tier muss seinen zunehmenden Schwindel mit den schrillen Pfiffen Ihrer Pfeife in Verbindung bringen. Sie können die Wirkung noch verstärken, wenn Sie sich ans Ende Ihres Bootes stellen, die Füße beiderseits auf dem Bootsrand, und im Rhythmus der schwankenden See hin- und herschaukeln. So klein Sie auch sein mögen und so groß Ihr Rettungsboot, Sie werden staunen, welche Wirkung Sie damit erzielen. Glauben Sie mir, binnen kurzem vollführt Ihr Rettungsboot einen Rock ‚n' Roll, als wäre es Elvis Presley persönlich. Und denken Sie daran, hei alldem müssen Sie unablässig Ihre Pfeife blasen, und treiben Sie es nicht so weit, dass das Boot kentert.

7. Machen Sie weiter, bis das Tier, das Ihnen zusetzt — ob Tiger. ob Rhinozeros – grün vor Seekrankheit ist. Sie müssen hören, wie es sich die Seele aus dem Leibe spuckt. Machen Sie weiter, bis es am Boden des Bootes liegt, an allen vieren zuckend, die Augen verdreht, und ein verzweifeltes Röcheln ist alles, was es noch herausbekommt. Und traktieren Sie es unablässig mit der schrillenden Pfeife. Sollte Ihnen selbst schlecht werden, übergeben Sie sich nicht an der Reling. Erbrochenes ist eine ausgezeichnete Grenzmarkierung. Spucken Sie es genau an der Grenze Ihres eigenen Reviers aus.

8. Sobald Ihrem Tier sterbenselend ist, können Sie aufhören. Seekrankheit stellt sich schlagartig ein, aber es dauert lange, bis sie wieder verfliegt. Sie wollen es ja auch nicht übertreiben. Keiner stirbt an Schwindel, aher er kann einem schon sehr den Lebensmut nehmen. Wenn Sie das Gefühl haben, dass Sie weit genug gegangen sind, werfen Sie den Treibanker und sehen Sie zu, dass Sie Ihrem Tier Schatten verschaffen, wenn es im grellen Sonnenlicht zusammengebrochen ist. Stellen Sie ihm Wasser hin, das es trinken kann, wenn es ihm besser geht, und lösen Sie Tabletten gegen Seekrankheit darin auf, wenn Sie welche haben. Der Wasserverlust ist zu diesem Zeitpunkt eine ernste Gefahr. Ansonsten ziehen Sie sich in Ihr eigenes Territorium zurück und lassen das Tiger in Ruhe. Wasser, Ruhe und Entspannung, dazu ein gleichmäßiger Seegang, werden es bald wieder beleben. Lassen Sie ihm Zeit, bis es sich vollständig erholt hat, dann wiederholen Sie Schritt 1 bis 8.

9. Setzen Sie die Behandlung fort, bis im Hirn des Tieres der Klang der Pfeife und das Gefühl der entsetzlichsten Übelkeit fest miteinander verbunden sind und die Gedankenverbindung tief eingebrannt ist. Danach wird die Pfeife allein genügen, um es bei Grenzverletzungen oder sonstigen Übergriffen zu disziplinieren. Ein einziger kräftiger Pfeifentriller, und Sie werden sehen, Wie Ihrem Tier übel wird und wie es sich unverzüglichst in den sichersten Teil seines Reviers zurückzieht, am weitesten von Ihnen fort. Ist dieser Lerneffekt erst einmal erreicht, sollte die Pfeife nur noch sparsam zum Einsatz ommen.



Und so funktionierts:

Ich beschloss, einen Schildkrötenpanzer als Schild zu nehmen, wenn ich Richard Parker *(so heißt der Tiger, Anmerkung der Redax)* dressierte. Ich schnitt in beide Seiten des Panzers eine Kerbe und band ein Stück Seil darum. Dieser Schild war schwerer als mir lieb war, aber welchem Krieger steht schon die Wahl seiner Rüstung frei? Beim ersten Versuch fletschte Richard Parker die Zähne, drehte die Ohren einmal um ihre eigene Achse, stieß ein kurzes, kehliges Knurren aus und ging auf mich los. Eine riesige, krallenbewehrte Pranke sauste durch die Luft und traf meinen Schild. Der Schlag schleuderte mich über Bord. Ich stürzte ins Wasser und ließ den Panzer sofort los. Er verschwand spurlos in der Tiefe, nachdem er mich noch am Schienbein getroffen hatte. Ich war außer mir vor Angst – vor Richard Parker, aber auch weil ich über Bord gegangen war. Ich war überzeugt, dass schon im nächsten Augenblick ein Hai nach mir schnappen würde. Verzweifelt versuchte ich, das Floß zu erreichen, mit genau der Art von hektischen Bewegungen, bei denen einem Hai das Wasser im Mund zusammenläuft. Zum Glück waren keine Haie da. Ich erreichte das Floß und gab Leine, soweit sie reichte. Die Hände um die Knie geschlungen und den Kopf gesenkt saß ich da und versuchte, das Feuer der Angst zu löschen, das in mir loderte. Es dauerte lange, bis das Zittern in meinem Körper ganz aufhörte. Ich verbrachte den Rest des Tages und die ganze Nacht auf dem Floß. Ich trank nicht und aß nicht.

Als ich das nächste Mal eine Schildkröte fing, versuchte ich es von neuem. Ihr Panzer war kleiner und leichter und eignete sich besser als Schild. Wieder unternahm ich einen Vorstoß und stampfte mit dem Fuß auf die Mittelbank. Ich frage mich, ob jemand, der meine Geschichte hört, verstehen wird, dass mein Verhalten weder die Tat eines Wahnsinnigen noch ein verkappter Selbstmordversuch war, sondern schlichte Notwendigkeit. Entweder zähmte ich ihn und gab ihm zu verstehen, wer Nummer eins war und wer Nummer zwei – oder ich starb an dem Tag, an dem ich zum ersten Mal bei rauer See an Bord des Rettungsbootes klettern wollte und ihm das nicht lieb war.

Wenn ich meine Lehrzeit als Hochseedompteur über? lebt habe, dann lag es daran, dass Richard Parker mich nicht wirklich angreifen wollte. Wie alle Tiere halten auch Tiger im Grunde nichts von gewaltsamen Auseinandersetzungen. Wenn Tiere kämpfen, dann geschieht es mit der Absicht zu töten und im Bewusstsein, dass sie selbst getötet werden können. Kommt es zum Kampf, riskieren sie viel. Deshalb verfügen ‚Fiere über ein umfassendes System von Warnsignalen, das dazu dient, den Kampf zu vermeiden, und sie sind gern bereit nachzugeben, wenn sie eine Chance dazu sehen. Es kommt nur selten vor, dass ein Tiger ein anderes Raubtier ohne vorherige Warnung angreift. In der Regel geht er laut knurrend und brüllend geradewegs auf den Gegner los. Doch kurz bevor es zu spät ist, bleibt er wie angewurzelt stehen und stößt ein tiefes, donnerndes Grollen aus. Er wägt sorgsam ab. Wenn er für sich keine Bedrohung sieht, macht er kehrt und ist zufrieden, überzeugt, dass er seine Position hinreichend deutlich gemacht hat.

Mir gegenüber machte Richard Parker seine Position viermal deutlich. Viermal versetzte er mir einen Hieb mit der rechten Pranke und schleuderte mich über Bord, und viermal verlor ich meinen Schild. Vor, nach und während jeder Attacke war ich vor Angst wie gelähmt und hockte lange Zeit zitternd auf meinem Floß. Aber nach und nach lernte ich seine Signale verstehen. Ich erkannte, dass er mit Ohren, Augen, Schnurrhaaren, Zähnen, Schwanz und Kehle eine einfache, unmissverständliche Sprache sprach, die mir genau sagte, was er als Nächstes vorhatte. Ich lernte, mich zu ducken, bevor er die Pranke hob.

Und dann machte ich meine Position klar. Die Füße auf dem Bootsrand, ließ ich das Boot schaukeln und meine Trillerpfeife ihre eigene, einsilbige Sprache sprechen, bis Richard Parker stöhnend am Boden lag.

Mein fünfter Schild blieb mir erhalten bis zum Ende der Dressur.

aus dem Roman
Schiffbruch mit Tiger
von Yann Martel

Willkommen zu den deutschen BIG BROTHER AWARDS.de

Die *BigBrotherAwards Deutschland* wurden ins Leben gerufen, um die öffentliche Diskussion um Privatsphäre und Datenschutz zu fördern - sie sollen missbräuchlichen Umgang mit Technik und Informationen zeigen.
Seit 1998 wird ein solcher Preis in verschiedenen Ländern und seit dem Jahr 2000 auch in Deutschland an Firmen, Organisationen und Personen verliehen, die in besonderer Weise und nachhaltig die Privatsphäre von Menschen beeinträchtigen oder persönliche Daten Dritten zugänglich machen.

Der BigBrotherAward in der Kategorie Technik geht an die Firma

Canon Deutschland GmbH

für das Einbetten einer unsichtbaren weltweit einmaligen Geräte-Kennung in sämtliche Farbkopien, um bei jeder Kopie nachvollziehen zu können, welches Gerät benutzt wurde.

Canon verwendet dieses Verfahren seit einigen Jahren, Gerüchte über die Funktionsweise kursieren im Internet seit längerer Zeit. Nun hat die Big Brother Award Jury konkrete Beweise für die Existenz dieser Technologie vorliegen: Mit einem unsichtbaren Code, der auf jede Farbkopie gedruckt wird, ist es möglich, diese Kopie zu dem Gerät zurück zu verfolgen, mit dem sie hergestellt wurde. Auf jedes durch einen Kopierer gelaufene Blatt wird in einem von Canon geheimgehaltenen Verfahren, ohne technische Hilfmittel nicht sichtbar die individuelle Seriennummer des Gerätes aufgedruckt. Canon kann z.B. im Auftrag von staatlichen Stellen die Spur einer Fotokopie zu dem einzelnen Gerät zurückverfolgen, denn durch Serviceverträge oder Registrierung der Geräte sind die Standorte dem Hersteller bekannt.

Tauchen z.B. kopierte Ausweispapiere oder Geldscheine auf, können z.B. Behörden so gezielt einen Copy-Shop unter die Lupe nehmen. Aus "ermittlungstaktischen Gründen" wird eine solche Maßnahme sicherlich nicht als erstes mit dem betroffenen Kopierer-Besitzer abgesprochen werden. Der Copy-Shop wird also vielleicht überwacht oder durchsucht, der Besitzer des Ladens wahrscheinlich verpflichtet werden, seine Kunden "besser ins Visier" zu nehmen.

Leider hat Canon vergessen, einen entsprechenden Hinweis auf den Geräten anzubringen. Der Kunde wird über diese Datenspur auf der Kopie nicht informiert - nichteinmal der Käufer des Gerätes. Auch in der Anleitung für den Benutzer befindet sich kein Hinweis darauf. Deshalb will die BigBrotherAward-Jury mit diesem Technik-Award darauf öffentlich aufmerksam machen.

Was für die Strafverfolgung noch gerechtfertigt erscheinen mag, ist eine Gefahr für die Informationsfreiheit: Wer wird sich noch trauen, Bestechungsskandale aufzudecken und entsprechende Beweise z.B. an die Presse weiter zu reichen, wenn er weiß, dass die Anonymität einer Kopie nicht mehr gewährleistet ist, sondern dass z.B. sein Arbeitgeber als Besitzer des Gerätes ein Dokument bis in eine bestimmte Abteilung, ein bestimmtes Büro zurück verfolgen kann? Mitarbeiter von Copy-Shops haben bestätigt, dass es in der Vergangenheit konkrete Anfragen von Ermittlungsbehörden gab.

Dieser Technik-Award 2004 wird auch für einen Trend vergeben: Das Regiment der Technik über menschliche Entscheidungen. Der aufkopierte Code ist nämlich nicht die einzige technische Raffinesse, die heutige Kopierer, Bildbearbeitungsprogramme und Farbdrucker aufweisen. Mustererkennung soll die Vervielfältigung geschützter Dokumente unterbinden - der Drucker entscheidet eigenständig, Dokumente nicht mehr auszudrucken und liefert stattdessen eine Fehlermeldung. Bisher sind davon Wert-Dokumente wie Geld oder Aktien betroffen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass in Zukunft auch Systeme zur Verfolgung von Urheberrechtsverstößen weiter entwickelt werden.

Das heißt, Nutzer dieser Geräte können keine Kopien mehr erstellen, ohne durch die Technik bespitzelt und gegängelt zu werden. Der Kopierer, Drucker oder Scanner passen auf, dass nichts "Unerlaubtes" vervielfältigt wird. Und die Kopien werden registriert.

Was heißt das zum Beispiel für Demo-Aufrufe? Oder Dokumente, die der Urheber lieber nicht vervielfältigt haben möchte, weil sie z.B. Bestechung aufdecken könnten?

Die Wege eines Kunden sind rückverfolgbar - darin sieht die BigBrotherAward-Jury eine Verletzung der Privatsphäre - und ein Risiko für die Besitzer der Kopiergeräte, unschuldig ins Visier von Fahndern zu geraten.

Herzlichen Glückwunsch, Firma Canon Deutschland.

Die anderen **BigBrotherAwards 2004** gingen an:

Arbeitswelt: **Lidl Stiftung & Co KG**
Politik: **Bundesjustizministerin Brigitte Zypries**
Wirtschaft & Verbraucherschutz: **tchibo direct GmbH**
Gesundheit & Soziales: **Bundesgesundheitsmin. Ulla Schmidt**
Regional: **Universität Paderborn**
Behörden & Verwaltung: **Bundesagentur für Arbeit**
Kommunikation: **Armex & PC Funk**

weiteres auf **www.bigbrotherawards.de**

Der BigBrotherAward in der Kategorie "Kommunikation" geht an die Firma

Armex GmbH

aus Gladbeck für Ihr Produkt "Track Your Kid" - stellvertretend auch für andere Anbieter, die Überwachungsdienste für Eltern anbieten.

Vorschlag: Niemand käme auf die Idee, sein Kind an die Leine zu nehmen. Ein elektronisches Gängelband allerdings scheint keine Hemmschwelle zu sein, sonst könnten Firmen wie die Armex GmbH kein Geld mit den Ängsten von Eltern machen.

Track Your Kid wird über eine Standortbestimmung des jeweiligen Netzbetreibers möglich. Durch Abstandmessungen zu umgebenden Sendemasten kann die aktuelle Position eines Handys je nach Sendemastdichte im städtischen Bereich bis auf weit unter 100 Meter genau ermittelt werden.

Armex als Anbieter eines so genannten "Mehrwertdienstes" nutzt dies, damit Eltern ihre mit Handy ausgestatteten Kinder, bzw. deren Handys, jederzeit orten können. Dabei fungiert Armex quasi als Detektivbüro: Die Eltern senden der Firma eine Anfrage-SMS und erhalten die Position des Handys ebenfalls per SMS gemeldet. Dazu muss der Mobilfunkanbieter beauftragt sein, die Standortdaten an Armex weiterzuvermitteln.

Glaubt man den begeisterten Anpreisungen von "Track Your Kid" und ähnlichen Produkten in den Medien und in Elternforen im Internet, so trifft dieses Angebot anscheinend genau die Wünsche vieler Eltern.

Schaut man jedoch genauer hin, so sind Zweifel angebracht.

1. Die Sinnfrage

Was hilft es eigentlich, wenn ich mitbekomme, wie mein Kind gerade in "unerwünschte" Stadtteile ausbüxt? Würde ich im schlimmsten Falle einer Entführung tatsächlich eingreifen können? Wäre nicht zu erwarten, dass ein derart gewaltbereiter Täter das Handy meines Kindes als erstes im wahrsten Sinne des Wortes "in die Tonne kloppen" würde - oder dass mein Kind dies tut, wenn es vorhätte, auszureißen?

Was erhoffen sich Eltern konkret von der Nachricht, dass ihr "aufgestöberter Rumtreiber", wie die Bild-Zeitung es nannte, sich zu weit vom üblichen Weg entfernt hat? Strafpredigten? Polizeieinsätze? Verlässt Mama dann jedes Mal ihren Arbeitsplatz um die Standpauke gleich am Ort des Geschehens zu halten?

Derartige Fragen stoßen bei vielen Eltern auf Unverständnis. Häufig wird wie selbstverständlich angenommen, dass das Kindeswohl über alles geht - auch über die Persönlichkeitsrechte des Kindes. "Mit Track Your Kid haben Sie alles im Griff" verspricht der Anbieter Armex . Dies genau aber ist ein Irrtum. Die vorgebliche Sicherung ist weniger Gewinn für das Kind als erkaufte Selbstberuhigung für überforderte Eltern.

Und Datenschutz und Recht auf informationelle Selbstbestimmung sind keine "Rechte für Erwachsene", die man Kindern, auch wenn man deren Erziehungsberechtigter ist, beliebig vorenthalten kann. Rein juristisch gesehen müssen Kinder ab 14 Jahren ohnehin in eine Ortung ihres Handys einwilligen, wie Datenschützer bereits unmissverständlich erläutert haben.

2. Missbrauch ist möglich

Die Jury ist über die Naivität bestürzt, mit der Armex versucht, formal den Anforderungen des Datenschutzes Genüge zu tun. Bei näherem Hinsehen erweist sich dieses Vorgehen nämlich als hilfloser Versuch, potenziellen Kriminellen mit dem erhobenen Zeigefinger entgegenzutreten.

Eigentlich sollte bei der Auftragserteilung per Kaufbeleg nachgewiesen werden, dass einem die zu ortende Handynummer (SIM) auch gehört. Wer Armex aber online beauftragen möchte, wird danach nicht mehr gefragt. Eine Unterschrift unter eine Eigentumserklärung reicht anscheinend aus.

Außerdem stellt es z.B. für Lebenspartner erfahrungsgemäß kein großes Problem dar, den Handy-Vertrag des anderen ohne dessen Wissen an Armex zu faxen.

Und schließlich gibt es einen sehr einfachen Weg, mit genügend krimineller Energie auch fremde Handys orten zu lassen:

Armex sucht nämlich nicht nach den Handys, sondern ortet die SIM-Karten, die in die Geräte eingesetzt werden. Auf ihnen ist die Telefonnummer abgespeichert, das Gerät drumherum dagegen ist beliebig austauschbar. Mit etwas Phantasie lassen sich Szenarien denken, in denen man Opfern zumindest für kurze Zeit fremde SIM-Karten unterschieben kann, um sie so zumindest eine Zeitlang orten zu können.

In Arbeitgeber-/Arbeitnehmer-Verhältnissen stellt sich ein solches Vorhaben nochmals um einiges leichter dar: Firmen-Handys werden ohnehin von der Firma bestellt, verwaltet und gewartet. Da ist die Überwachung des ineffizienten Außendienstmitarbeiters oder der unliebsamen Betriebsratsvorsitzenden schlichtweg zu einfach in die Realität umzusetzen.

3. Auch Gebrauch ist Missbrauch

Bei allem Verständnis für besorgte Eltern um das Wohl ihres Kindes: Zur Erziehung gehört auch die Vorbereitung auf ein selbst bestimmtes Leben und die Vermittlung der Werte einer freiheitlichen Gesellschaft. Ob diese Gesellschaft noch in der Lage sein wird, persönliche Freiheitsrechte als wertvolles Gut zu begreifen und zu verteidigen, wenn ein Großteil ihrer Mitglieder von Kindesbeinen an eine ständige Überwachung gewöhnt ist (die TAZ nennt das "überwachungssozialisiert")? Wie soll ein derart geprägter Mensch überhaupt begreifen, dass soziales, menschliches und gesellschaftsverträgliches Verhalten in erster Linie auf eigener Einsicht basiert - und nicht auf der Angst vor Entdeckung möglichen Fehlverhaltens durch ständige Überwachung? Durch Angebote wie Track Your Kid lernen Menschen, die man auf diese Art entmündigt, Verantwortung dauerhaft abzugeben.

Eltern sollten sich besser zweimal überlegen, ob sie um den Preis einer vermeintlichen Sicherheit ihre Sprösslinge an die Normalität permanenter Überwachung gewöhnen wollen.

Die Jury geht hoffnungsvoll davon aus, dass die Kids sowieso schlauer als die Eltern sind und sich der Relevanz des kleinen Knopfs bewusst sind, an dem man die elektronische Fußfessel namens Handy einfach ausschaltet. Denn was nicht sendet, kann auch nich

Lesung mit Gabriele Rollnik

•••• Wer kennt (noch) Tupamaros Westberlin, Haschrebellen, Rote Ruhr Armee oder den „Blues“?

•••• Wer kennt (noch) die Bewegung 2. Juni oder die RAF?

•••• Wer kennt (noch) Thommy Weißbecker, Georg von Rauch oder Benno Ohnesorg?

Mutige Gefängnisausbrüche und das Verteilen von „revolutionären Negerküssen“ bei einem Banküberfall wurden zum Markenzeichen der „Bewegung 2. Juni“, ebenso die erfolgreiche Entführung des CDU - Spitzenkandidaten Lorenz in Berlin, aufgrund derer fünf Gefangene freigelassen wurden.

Gabriele Rollnik beschreibt ihren Weg von der Soziologiestudentin zu Beginn der siebziger Jahre in Berlin bis zum Leben im Untergrund und dem Überleben von 15 Jahren Gefängnis.

An diesem Abend wollen wir von Gabriele Rollnik nicht nur aus ihrem Buch hören, sondern auch mit ihr über erfolgreiche Banküberfälle, die Verwendung von „Negerküssen“, revolutionäre Gewalt, Spaßguerilla, Kapitalismus, Knast, Isolationshaft und Freiheit reden.

unterstützt von:
ANTIFA -Cafe Oldenburg
Oldenburger Rechtshilfe
Alhambra- Archiv
AStA der C. v. O. Universität

•••••••••••• Donnerstag

18.11.04 um **20.30 h**

•••••••••••• im **Alhambra**

Veranstaltung zum Berufsverbot für Antifaschisten

Seit dem Jahreswechsel 2003/2004 betreiben das Kultusministerium und das Innenministerium des Landes Baden-Würtemberg die Wiederbelebung der bundesdeutschen Berufsverbotspraxis. Dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy wird aus politischen Gründen die Übernahme in den Schuldienst verweigert. Das faktische Berufsverbot und die dadurch bedingte Arbeitslosigkeit dauerten bereits mehrere Monate an, bis am 26.08.2004 das Berufsverbot durch das Kultusministerium offiziell verhängt wurde.
Seit 1989 engagiert sich Michael Csaszóczy unter anderem in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg und im Autonomen Zentrum Heidelberg. Über mehr als 12 Jahre wurde er vom Verfassungsschutz überwacht. Die vorgebrachten „Erkenntisse" beziehen sich auf die Anmeldung mehrerer Demonstrationen gegen Neonazis und deutsche Kriegseinsätze sowie auf Interviews, die er als Sprecher des AZ Heidelberg gegeben hat.
Letztlich ausschlaggebend für das Berufsverbot war die Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative, von der er sich pauschal nicht distanzieren wollte. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Würtemberg unterstützt Csaszkóczy und hat auf ihrer Landesdelegiertenkonferenz gefordert, dass Baden-Würtemberg endlich die rechtlichen Grundlagen für den „Radikalenerlass" aus dem Landesrecht streicht. Sollte das Berufsverbot bestand haben. wird die GEW Czaskóczy bei einer Klage unterstützen.

Dienstag, 16. 11. 19:00 Uhr Helene-Lange-Schule, Marschweg
Veranstaltung mit Michael Csaszkóczy und Rechtsanwalt Rolf Gössner
Eine Veranstaltung der GEW, Kreisverband Oldenburg

Stellungnahme zur Verhängung des Berufsverbots gegen mich

Am 26.8.2004 hat das Kultusministerium Baden-Württemberg seinen Beschluss verkündet, mich aus politischen Gründen nicht zum Schuldienst zuzulassen. Damit wird nicht nur für mich persönlich eine langjährige Ausbildung und meine gesamte berufliche Existenz zunichte gemacht. Mit der Bestätigung meines faktisch schon seit dem Ende des vergangenen Jahres wirksamen Berufsverbots hat Kultusministerin Schavan eine Entscheidung gegen die Demokratie und die Grundrechte getroffen.
Die Berufsverbotspraxis der BRD in den 70er Jahren hatte gerade angesichts der deutschen Vergangenheit nicht nur im europäischen Ausland zu großer Besorgnis geführt, was sich 1995 auch im Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ausdrückte, der die Grundrechte auf Meinungs- und Vereinigungsfreiheit verletzt sah. Nun eröffnet Frau Schavan eine neue Ära der Gesinnungsschnüffelei und der Kommunistenhatz. Ein Klima, in dem der Einzelne Angst haben muss, seine Meinung frei zu äußern, wenn sie nicht regierungskonform ist, weil er sonst Gefahr läuft, vom Inlandsgeheimdienst bespitzelt und mit der Vernichtung seiner beruflichen Existenz bestraft zu werden, ist der Tod jeder Demokratie, die diesen Namen verdient.

Die Kultusministerin behauptet, dieser Schritt sei nötig gewesen, "um Kinder und Jugendliche vor jeder möglichen extremistischen Beeinflussung zu schützen". Darin ist eine infame Unterstellung enthalten, die mehr über Schavans eigenes Politik- und Erziehungsverständnis aussagt, als über mein Verhalten. Sowohl meine politische als auch meine pädagogische Grundhaltung würden es mir verbieten, meine Stellung als Lehrer zur Indoktrination von Schülerinnen und Schülern zu missbrauchen. Ein solcher Vorwurf ist während meiner gesamten Unterrichtstätigkeit auch niemals erhoben worden.
Als Beleg für meinen angeblichen "Extremismus" sieht die Ministerin meine Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD), einer Gruppe, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus wachzuhalten und allen geschichtsrevisionistischen und neofaschistischen Tendenzen entschlossen entgegenzutreten. Frau Schavan, die nichts gegen ihren Parteifreund, den furchtbaren NS-Juristen Filbinger einzuwenden hat, erklärt damit Antifaschismus quasi zum Staatsverbrechen.
Mein politischer Bezugspunkt sind dagegen nicht die Täter und Mitläufer des NS-Regimes, die schon bald wieder in den Führungspositionen der BRD zu finden waren, sondern die Deserteure, die Saboteure und auch die Menschen, die mit oder ohne Waffe in der Hand gegen den deutschen Faschismus gekämpft haben.
Insbesondere wurde von mir verlangt, mich von einer Textpassage zu distanzieren, die lautet: "Militanz, *die sich durch angemessene Zielgerichtetheit, permanente Selbstreflexion, konsequente Abwägung und hohes Verantwortungsbewusstsein der Agierenden auszeichnet*, betrachten wir als ein legitimes Mittel im Kampf um Befreiung". Bezeichnenderweise wird vom Ministerium stets der gesamte Einschub unterschlagen, der erläutert, was die AIHD unter "legitimer Militanz" versteht. Militanz bezeichnet eine entschlossene, kämpferische Haltung, die nicht vor Konfrontationen zurückscheut. Für den Bereich des Antifaschismus bedeutet das zum Beispiel, alten und neuen Nazis entschlossen entgegenzutreten und ihnen zu zeigen, dass sie nicht erwünscht sind. Eine solche Haltung ist für mein politisches Verständnis tatsächlich eine Selbstverständlichkeit. Gegen den Beschluss des Ministeriums habe ich Widerspruch eingelegt.

Michael Csaszkóczy
Heidelberg, den 15. 9. 2004

„Wer eine Gesellschaft beurteilen will, sollte als erstes in ihre Gefängnisse blicken“ (Leo Tolstoi)

Auch heute noch verrät der Blick in die Gefängnisse mehr über die Gesellschaft, als der Gesellschaft lieb sein könnte: Sicherheitsverwahrung, immer mehr dauerhafte Einschlüsse, das Streichen von Fortbildungsmaßnahmen, von HIV-Präventionsarbeit, längere Strafen, immer mehr Gefangene, in immer öfter überbelegten Knästen. Die Liste ist lang und ließe sich noch sehr weit fortsetzen. Was sie uns verrät ist, dass die Gefängnisse zunehmend zu Verwahranstalten für im Neoliberalismus überflüssige Menschen werden.

Gleichzeitig wird eine Kontrollgesellschaft mit Kameraüberwachung, biometrischer Zuordnung, Krankenkassenkarten und vielen kleinen überwachungmethoden, immer weiter ausgebaut. Linke oder Liberale, haben, selbst wenn sie es wollten kaum etwas entgegenzusetzen vermocht. War Anfang der siebziger Jahre noch „für eine Gesellschaft ohne Knäste" die Leitidee, so gingen die Forderungen mit der Zeit über „Freiheit für die politischen und sozialen Gefangen" hin zu „Freiheit für die politischen Gefangenen" immer weiter zurück. Inzwischen wird sich meist nur noch für die „unschuldig Gefangenen" eingesetzt. Doch diese Argumentation passt sogar noch in eine Kontrollgesellschaft, die argumentiert, wer nichts zu verbergen hätte, hätte auch nichts zu befürchten. Mehr überwachung verhindert demnach, dass Menschen „unschuldig" eingesperrt würden.

Wer sich mit dem Verweis dagegen wehrt, nicht überwacht werden zu wollen, gilt als potenziell Kriminell. Kriminell sind die Kriminellen, die „Anderen", welche aufgespürt und weggesperrt werden sollen, damit die Gesellschaft angeblich sicherer wird. Kriminalität wird als ein individuelles Problem betrachtet. Das zentrale Element in dieser Individualisierung ist das Gefängnis. Es ermöglicht physisch eine Gruppe der „Anderen" zu schaffen, die aus der Gesellschaft entfernt werden. Gesellschaftliche Ursachen und Konflikte, die zu einer krimiellen Normabweichung führten werden dann nicht mehr betrachtet.

Wir wollen mit dieser Veranstaltungsreihe dieser Entwicklung entgegentreten und einen Beitrag zur Repolitisierung der Themen Knast undKriminalität leisten. Denn nur wenn wir es schaffen Kriminalität wieder als politischen Konflikt zu begreifen, wird es uns möglich werden der totalen gesellschaftlichen Kontrolle etwas entgegen zu setzen.

Veranstaltungsprogramm Herbst/Winter 2004

Samstag 6.11. 23 Uhr:
„Jailhouseclub - Soli für Knastkampagne"
Abfeiern für die Knastkampagne.
Ort: ZAKK, Sielpfad 11 28203 Bremen

Montag 8.11. 21 Uhr: „Filmabend"
„Down by Law" - Spielfilm.
Ort: ZAKK, Sielpfad 11 28203 Bremen

Mittwoch 17.11. 21 Uhr:
„Filmabend"
Knast-Kampagne meets Vorführbar. Achtet auf Ankündigungen!.
Ort: ZAKK, Sielpfad 11 28203 Bremen

Donnerstag 18.11. 20 Uhr: „Leben und Widerstand im Schatten der Gefängnisse"
mit Stefan Wisniewski
Es geht um Knast, Kämpfe und Revolte in den 70ern, 80ern und 90ern drinnen und draußen.
Stefan Wisniewski saß selbst über 20 Jahre in Knästen der BRD. In der Veranstaltung soll es um den Widerstand in den Knästen - damals wie heute, und was das für eine linke Politik heute bedeuten kann, gehen.
Ort: Paradox, Bernhardtstr. 12 28203 Bremen

Mittwoch 24.11. 20 Uhr:
„Filmabend"
„Gefängnisbilder" - Dokumentarfilm von Harum Farocki - danach Diskussion und Kneipe..
Ort: H_2N_{50}, Hardenbergstr. 52 28201 Bremen

Donnerstag 2.12. 20 Uhr: „Prison-Industrial-Complex" angefragt: Leute aus dem Kiralina Umfeld (Berlin)
Mit Produkten aus den Gefängnissen lassen sich Geschäfte machen. Besonders lohnenswert werden diese dadurch, dass die InsassInnen für einen

minimalen Lohn zur Arbeit gezwungen werden können ...
Ort: Paradox, Bernhardtstr. 12 28203 Bremen

Montag 6.12. 21 Uhr: „Filmabend"
„Lebenslänglich Sicherheitsverwahrung" -
Dokumentarfilm - danach Diskussion und Kneipe..
Ort: Elektro-Gutjahr, Kantstr. 146 28201 Bremen

Dienstag 7.12. 20 Uhr: „... und was tun mit Vergewaltigern, ..." mit der Gruppe h.u.g.g.
Wer öffentlich für eine Gesellschaft ohne Knäste eintritt, wird meist spätestens im dritten Satz gefragt, was denn dann mit all den Vergewaltigern, Mördern, Nazis, u.s.w. zu tun sei. Am Beispiel von Vergewaltigern wollen wir in der Veranstaltung der Frage nachgehen.
Ort: Paradox, Bernhardtstr. 12 28203 Bremen

Dienstag 14.12. 21 Uhr:
„Filmabend"
Voraussichtlich: „Against the Wall" - Spelfilm - danach Diskussion und Kneipe..
Ort: Paraglotz: Bernhardtstr. 12 28203 Bremen

Donnerstag 16.12.
20 Uhr:
„(Wie) Weiter?".
Wir sind dazu angetreten zu einer Repolitisierung der gesellschaftlichen Konflikte beizutra-gen. Das kann eine Veranstaltungsreihe nur sehr begrenzt. Wir wollen mit allen, die Interesse haben dies weiter zu verfolgen, beraten, was nun fol-gen kann.
Ort: Paradox, Bernhardtstr. 12 28203 Bremen

Infos unter:
www.knast-kampagne-bremen.de.v

kontakt:
knast-kampagne-bremen@web.d

[Konflikte lassen sich nicht wegsperren]

Autonomes FEMinistisches FrauenLesben REFerat an der Uni-Oldenburg

..... Kurzübersicht Programm Wintersemester 04/05 .....

Workshop: „Rad kaputt - Was dann?"
Sa. 6.11.04, 11-18 Uhr, Treffen vor dem FrauenLesbencafé
& So. 7.11.04, 11-16 Uhr in der Fahrradselbsthilfe-Werkstatt des AStA
Spieleabend Fr. 12.11.04, 17 Uhr Frauenlesbencafé
Workshop: Quigong Fr. 19.11.04, 16-21 Uhr & Sa, 20.11.04, 10-18 Uhr
Terre des Femmes-Fahnenaktion: „Frei Leben ohne Gewalt"
Do. 25.11.04, 11:45 Uhr / „Roter Platz" vor der Mensa
Kurzfilme Fr. 26.11.04, 19 Uhr / FrauenLesbencafé
Vortrag: Möglichkeiten einer geschlechtergerechten Schule - gender mainstreaming in Schweden
Mo. 29.11.04, 18 Uhr / im A5 1-159
Vortrag: Informatik, Feminismus und soziale Maschinen. Informatik, Stand & Möglichkeiten des De-Gendering von IT Mo. 6.12.04 um 18 Uhr / im A5 1-159
Workshop: Hompage erstellen Fr. 3.12.04, 14-16 Uhr und Sa, 4.12.04, 10-18 Uhr / A2 2-215
Bücherparty Mi. 15.12.04, 13-16 Uhr / FrauenLesben-Café
Winterspaziergang Sonntag, 19.12.04, 12 Uhr / Treffpunkt: Information im Hauptbahnhof
Workshop: Studium zu Ende - Und dann? Zukunftswerkstatt
Fr. 14.01.05, 16-21 Uhr und Sa, 15.01.05, 10-18 Uhr
Vorleseabend: Wo ich herkomme, da wird so geredet! - Die Plattdeutsche Sprache trifft auf Dialekte aller Art Fr. 21.01.05, 17 Uhr / FrauenLesben-Café
Lesung: Ulla Fröhling liest aus „Vater unser in der Hölle" Sa. 22.01.05, 14:45 Uhr / PFL, Peterstraße

das ausführliche Programm liegt in der UNI aus!!!

geklaut und schlecht gescannt aus der TAZ nord vom 16./17. oktober 2004

Grundgesetz muss auch bei Lenin gelten

Ein Oldenburger Richter hat Verfassungsbeschwerde gegen das neue niedersächsische Polizeigesetz eingereicht. Weil er des Öfteren in einer linken Kneipe verkehrt, fürchtet er, ein Opfer staatlicher Telefonüberwachung werden zu können

VON EBBE VOLQUARDSEN

Auf dem Tresen steht noch eine alte Lenin-Büste und erinnert an längst vergangene Zeiten. Jeder, der in den Siebziger- und Achtziger-Jahren in Oldenburgs linker Szene Rang und Namen hatte, trank sein Bier „Bei Beppo" in der Auguststraße. Das Lokal sei eine richtige kommunistische Hochburg und DKP-Stammkneipe gewesen, berichten die Besitzer ein bisschen stolz.

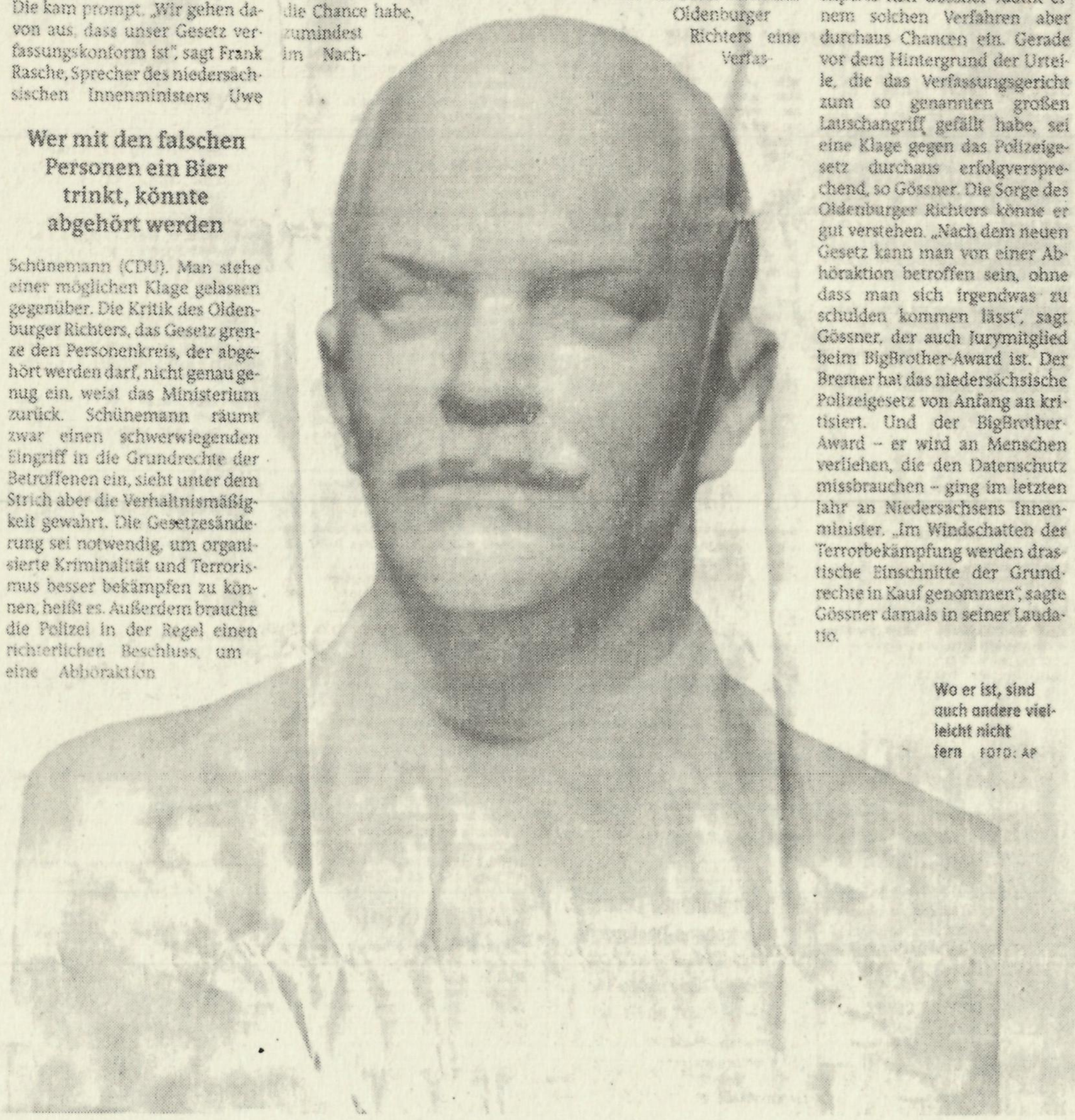
An den Leninismus glaubt kaum noch jemand, und die DKP ist auch in Oldenburg zu einem winzigen Häufchen zusammengeschrumpft. Aber links denkende Leute tummeln sich in der einschlägigen Kneipe noch immer. So auch ein Oldenburger Richter. Doch dem bereitet der Gang in sein Stammlokal seit einiger Zeit Bauchschmerzen. Grund für die Besorgnis: Das neue niedersächsische Polizeigesetz erlaubt die vorbeugende Telefonüberwachung. Danach können auch Menschen abgehört werden, die nur in Verdacht stehen, in Zukunft straffällig zu werden, oder die mit straffälligen Personen verkehren. Wer also ab und an mit den falschen Personen ein Bier trinkt, könnte im ungünstigsten Fall von der Polizei angezapft werden.

Der Richter hat eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Ausdrücklich erwähnt er darin auch seine Kneipenbesuche. Da er in der Gaststätte zuweilen Gespräche mit „linksradikal gesonnenen Personen" führe, fürchte er jetzt, ebenfalls zum Opfer staatlicher Telefonüberwachung werden zu können.

Das neue Polizeigesetz ist eines der ersten großen Gesetzesänderungen der niedersächsischen CDU/FDP-Koalition. Im Dezember 2003 trat es in Kraft. Nun hat Bundesverfassungsrichter Wolfgang Hoffmann-Riem die Regierung in Hannover aufgefordert, eine Stellungnahme zu der Beschwerde abzugeben. Die kam prompt. „Wir gehen davon aus, dass unser Gesetz verfassungskonform ist", sagt Frank Rasche, Sprecher des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann (CDU). Man stehe einer möglichen Klage gelassen gegenüber. Die Kritik des Oldenburger Richters, das Gesetz grenze den Personenkreis, der abgehört werden darf, nicht genau genug ein, weist das Ministerium zurück. Schünemann räumt zwar einen schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der Betroffenen ein, sieht unter dem Strich aber die Verhältnismäßigkeit gewahrt. Die Gesetzesänderung sei notwendig, um organisierte Kriminalität und Terrorismus besser bekämpfen zu können, heißt es. Außerdem brauche die Polizei in der Regel einen richterlichen Beschluss, um eine Abhöraktion durchzuführen. Der Abgehörte müsse darüber hinaus anschließend über den Lauschangriff informiert werden, damit er die Chance habe, zumindest im Nachhinein vor dem Verwaltungsgericht gegen die Maßnahme zu klagen.

Wer mit den falschen Personen ein Bier trinkt, könnte abgehört werden

Ob die Beschwerde des Oldenburger Richters eine Verfassungsklage zur Folge hat, ist noch unsicher. Der Bremer Rechtsanwalt und Bürgerrechtsexperte Rolf Gössner räumt einem solchen Verfahren aber durchaus Chancen ein. Gerade vor dem Hintergrund der Urteile, die das Verfassungsgericht zum so genannten großen Lauschangriff gefällt habe, sei eine Klage gegen das Polizeigesetz durchaus erfolgversprechend, so Gössner. Die Sorge des Oldenburger Richters könne er gut verstehen. „Nach dem neuen Gesetz kann man von einer Abhöraktion betroffen sein, ohne dass man sich irgendwas zu schulden kommen lässt", sagt Gössner, der auch Jurymitglied beim BigBrother-Award ist. Der Bremer hat das niedersächsische Polizeigesetz von Anfang an kritisiert. Und der BigBrother-Award – er wird an Menschen verliehen, die den Datenschutz missbrauchen – ging im letzten Jahr an Niedersachsens Innenminister. „Im Windschatten der Terrorbekämpfung werden drastische Einschnitte der Grundrechte in Kauf genommen", sagte Gössner damals in seiner Laudatio.



Wo er ist, sind auch andere vielleicht nicht fern FOTO: AP

antifa soli

HIPHOP SHOW

HIGHHEADS
heads up. hamburg invasion

SYSTEMATIC BACKLASH
nihilist uprock
k-town//bremen

bremer playstation helden

danach kneipe mit djs

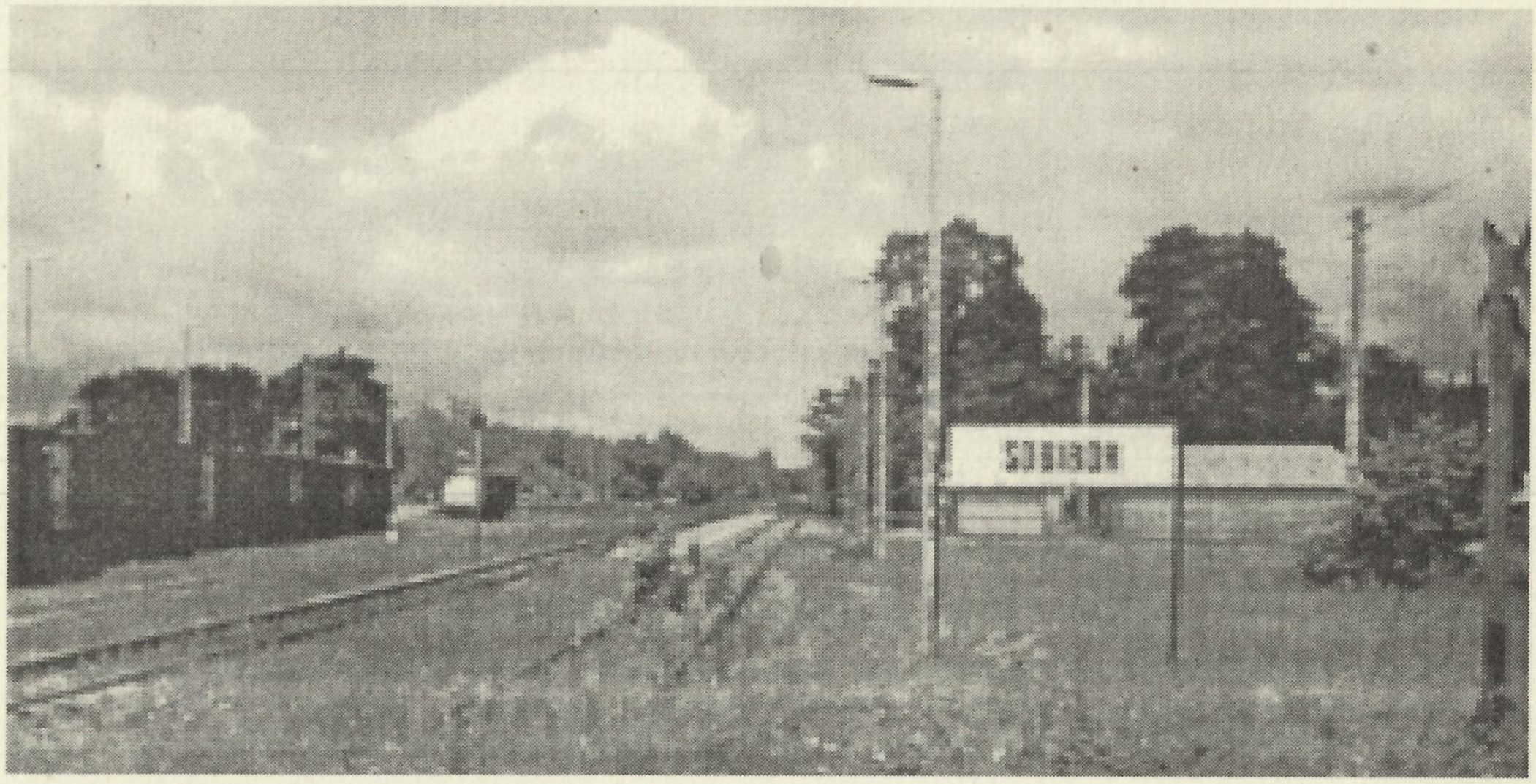
gruenenstr. 18
19.11. bremen
21 uhr

www.antifa-bremen.de www.hiphop-partisan.net

Vernichtungslager Sobibór

Vortrag und Diskussion mit dem Zeitzeugen Jules Schelvis

Montag, 1. November 2004, 20 Uhr im Jugendzentrum Cadillac an der Huntestraße 4



In Sobibór, einem nationalsozialistischen Vernichtungslager in Polen, östlich von Lublin, ermordeten die Deutschen in der Zeit vom Mai 1942 bis zum Oktober 1943 250.000 jüdische Menschen. Unter den Ermordeten waren mindestens 14 Jüdinnen und Juden, die in der Stadt Oldenburg gelebt hatten.

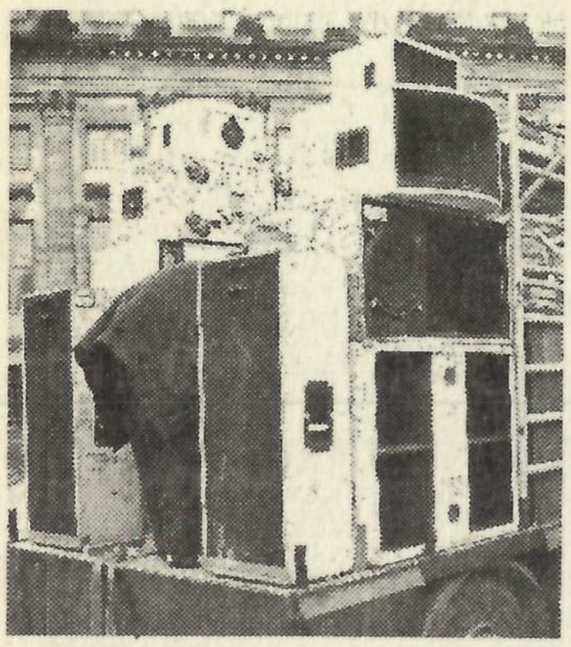
Neben Belzec und Treblinka war Sobibór das dritte Vernichtungslager der „Aktion Reinhard", dem Decknamen für die Ermordung der Jüdinnen und Juden im Generalgouvernement. Von den aus ganz Europa in Sobibór ankommenden Transporten wurden die meisten Deportierten sofort in den Gaskammern getötet. Nur mehrere hundert Menschen wurden zur Arbeit in den Werkstätten für das deutsche Lagerpersonal als Schneider, Schuster und Schreiner eingesetzt. 200 bis 300 Häftlinge mußten die Leichen der Ermordeten aus den Gaskammern holen und in Massengräbern begraben. Am 14. Oktober 1943 wagten die Arbeitshäftlinge mit Messern und Äxten einen Aufstand, in dessen Verlauf 300 von ihnen fliehen konnten. Doch nur 53 erlebten das Kriegsende. Alle anderen wurden entweder von der SS oder von antisemitischen Bauern und Partisanen ermordet. Nach dem Aufstand wurde das Vernichtungslager Sobibór aufgelöst. Die Lagergebäude wurden abgerissen und alle Spuren des Massenmordes beseitigt.

Nur den Berichten von Augenzeugen ist es zu verdanken, daß wir von den schrecklichen Ereignissen im Lager Sobibór und dem Aufstand der Häftlinge noch etwas wissen.

Jules Schelvis, geboren 1921 in Amsterdam, wurde im Mai 1943 mit seiner Frau Rachel und deren Familie in Amsterdam festgenommen und über das Durchgangslager Westerbork nach Sobibór deportiert. Während er einem Arbeitskommando zugeteilt wurde, wurden seine Frau und andere Verwandte in Sobibór ermordet. Schelvis kam als Arbeitshäftling in das Todeslager Dorohucza und später über Lublin in das Ghetto Radom. Dort mußte er in einer SS-Druckerei arbeiten. Von dort wurde er nach Auschwitz deportiert, wo er während einer Selektion zum zweiten Mal dem Vergasungstod entging. Von den Alliierten befreit wurde er im KZ Vaihingen/Enz. Nasch dem Krieg trat Jules Schelvis als Nebenkläger in Prozessen gegen die Täter von Sobibór auf. Sein Buch „Vernichtungslager Sobibór" (Unrast-Verlag, Hamburg/Münster 2003, ISBN 3897718146), in dem er eigene Erlebnisse, ergänzt durch Zeugenaussagen aus den Sobibór-Prozessen der Nachkriegszeit, umfangreiches Archivmaterial und Interviews mit Überlebenden zusammenfügt, gilt als Standardwerk.

Eine Veranstaltung der Geschichtswerkstatt Oldenburg
Kontakt zur Geschichtswerkstatt: Tel. 87553, Mai: partisan@tiscali.de

Mit freundlicher Unterstützung des AStAs der Carl-von-Ossietzky-Univesität



Tödliche Hetze im Dancehall-Reggae

Der Mord an Brian Williamson und die jamaikanischen Hatesongs

Am 9. Juni wurde in Jamaikas Hauptstadt Kingston der Schwulenaktivist Brian Williamson in seiner Wohnung brutal ermordet. Die Leiche wies unzählige Stichwunden an Hals und im Gesicht auf, die Kehle war durchschnitten. Williamson war der bekannteste schwule Bürgerrechtler der Insel und 1998 Mitbegründer der ersten schwullesbischen Organisation Jamaikas, des Jamaican Forum for Lesbians, All-sexuals and Gays (J-Flag). Die Polizei spricht von einem Raubmord, doch Menschenrechtler befürchten, dass der Aktivist einem für Jamaika typischen Hassverbrechen zum Opfer fiel. Darauf deute auch der Zustand der Leiche hin. In kaum einem Land Lateinamerikas oder der Karibik herrscht ein so schwulenfeindliches Klima wie in Jamaika. Angeheizt wurde das in den letzten Jahren noch durch junge Dancehall-Reggaemusiker wie Beenie-Man, Buju Banton T.O.K., die in ihren Songs offen zum gay bashing (Schwulenklatschen) und gar zur Tötung schwuler Männer aufrufen. Einige dieser Musiker waren jüngst auf Tour in Europa. Dagegen hat der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) erfolgreich mobilisiert.

Erst im Mai hatte Brian Williamson im Jamaica Observer geschrieben: „Wir Schwule gelten hier als Kinder des Teufels und werden auf die andere Straßenseite verbannt oder von unseren Mitbürgern zu Tode geprügelt." Jahrelang vertrat Williamson J-Flag in Radio- und Fernsehinterviews. Zudem führte er den schwullesbischen Tanzclub Entourage, wo immer wieder Polizeirazzien stattfanden, denen Williamson mutig entgegentrat. Die britische Sektion von amnesty international bezeichnete den Mord an Brian Williamson als „eine Tragödie". „(Er) war ein mutiger Mensch, der sich für die am meisten ausgegrenzte und verfolgte community in Jamaika stark machte. ... Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass Brian Williamsons Profil eines schwulen Mannes und Kämpfers für homosexuelle Gleichberechtigung ihn zur Zielscheibe eines schwulenfeindliches Verbrechens werden ließ."

Laut J-Flag wurden in Jamaica seit 1997 rund 30 Schwule ermordet. Einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen gelten seit dem 19. Jahrhundert als Verbrechen. Analverkehr wird mit bis zu zehn Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit geahndet. Zwar wird der Begriff Homosexualität im jamaikanischen Strafgesetzbuch nicht erwähnt, doch Artikel 76 zählt archaische Straftatbestände auf wie „Analverkehr" (abominable crime of buggery) oder „grob unsittliches Verhalten" (acts of gross indecency). Sie werden ausschließlich auf schwule Männer angewendet.

Als 1997 Gefängnisbehörden in Kingston versuchten, Kondome an die Gefangenen zu verteilen, gab es eine Gefängnisrevolte, in deren Verlauf 16 angeblich schwule Männer ermordet und rund 40 weitere Insassen verletzt wurden. 2001 erklärte Premierminister Patterson von der People's National Party öffentlich, mit seiner Regierung werde es die von Menschenrechtsorganisationen aus dem In- und Ausland geforderte Entkriminalisierung von Homosexualität nicht geben. Er erntete damit scharfe Kritik der lokalen Gesundheitsbehörden, die Patterson vorwarfen, seine Starrköpfigkeit werde dazu führen, dass Schwule in Jamaika sich auch weiterhin verstecken oder ein Doppelleben führen, was der Ausbreitung von HIV und AIDS sicherlich Vorschub leisten werde. Nach dem Mord an Williamson, der in Großbritannien heftige Proteste auslöste, bekräftigte Patterson seine starrköpfige Haltung und fügte hinzu: „Wir sind keine britische Kolonie mehr. Ich bin allein der jamaikanischen Öffentlichkeit und dem Parlament verantwortlich."

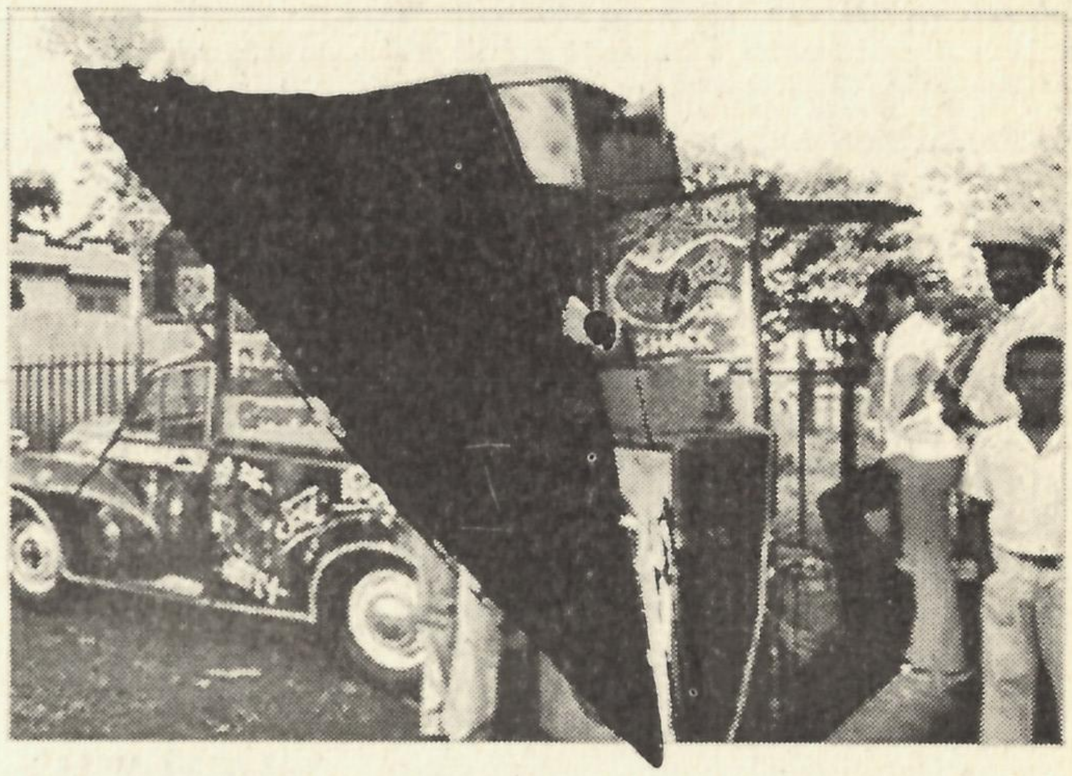
Einen Jamaikaner als „batty boy" oder „chi chi man" (schwuler Mann) zu bezeichnen gilt als eine der größten Beleidigungen auf der Karibikinsel. So wird dieser „Vorwurf" in Wahlkampfzeiten auch gerne gegen den politischen Gegner erhoben. Zusätzlich angeheizt wird das homophobe Klima durch junge Reggaebands, die in ihren Songs offen zum gay bashing (Schwulenklatschen) und gar zur Tötung schwuler Männer aufrufen. 2001 war der Song „Chi Chi Man" der Band T.O.K. (siehe Kasten) acht Wochen lang die Nummer 1 der World

Reggae Charts. Die konservative „Jamaica Labour Party" (JLP) war sich nicht zu schade, den Hit zu ihrer Hymne im Wahlkampf zu machen.

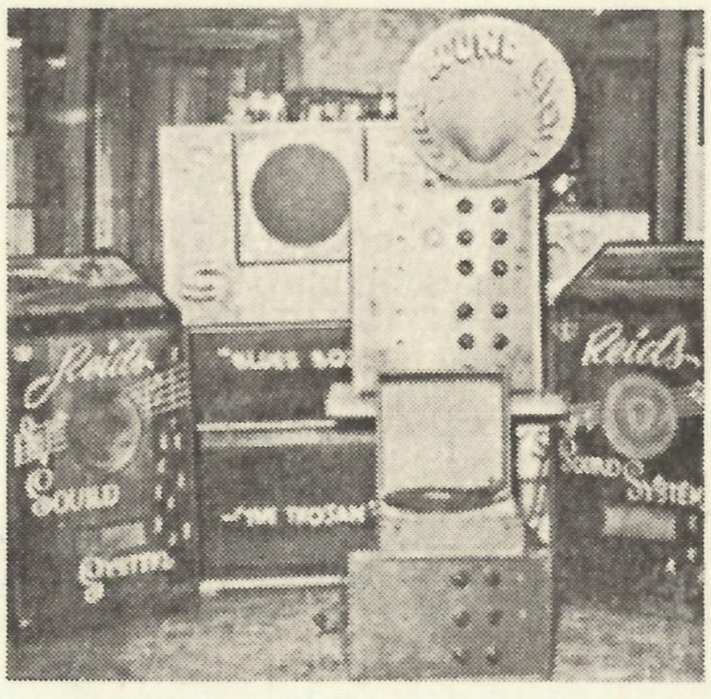
Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) nahm den Mord an Brian Williamson zum Anlass, eine Protestbriefaktion an Premierminister Patterson von der sozialdemokratischen „People's National Party" (PNP) zu starten, auch um Solidarität mit den jamaikanischen Freunden zum Ausdruck zu bringen. In dem Brief heißt es u. a., die Homophobie in Jamaika sei auch auf das 140 Jahre alte Strafrecht zurückzuführen. Es müsse dringend reformiert und modernisiert werden. Einvernehmliche homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen sind kein Verbrechen. Des Weiteren wird Patterson aufgefordert, Maßnahmen zum Schutz von Homosexuellen vor Gewalt und Diskriminierung in Jamaika zu ergreifen. Andererseits würden sich die unhaltbaren Zustände negativ auf den Tourismus auswirken. In dem Protestbrief wird zudem ausdrücklich auf schwulenfeindliche Songs einiger Bands hingewiesen, die zumindest aus dem staatlichen Radioprogramm verbannt gehörten.

Beenie Man, T.O.K., Elephant Man, Capleton, Bounty Killers oder Buju Banton heißen diese extrem schwulenfeindlichen Bands, die in den 90er Jahren die US-amerikanischen Charts erobern. Die jungen Interpreten, meist in den 70er Jahren geboren, treten zunächst in jamaikanischen Dancehalls immer wieder mit offen schwulenfeindlichen Liedern auf und erlangen bei lokalen Festivals erstes Ansehen. Die Dancehall-Interpreten Elephant Man, Beenie Man oder Capleton entwickeln zudem Ende der 90er Jahre eine starke Beziehung zur amerikanischen Hip-Hop-Szene und treten gemeinsam mit Stars wie Janet Jackson oder Mariah Carey auf. Vom ursprünglichen Reggae eines Bob Marley oder Peter Tosh haben sich die heutigen Dancehall-Interpreten weit entfernt. In ihren aggressiven Texten rufen vor allem Beenie Man und T.O.K. offen zu Gewalt und Mord an Homosexuellen auf. Auffallend ist auch eine simple Schwarzweißmalerei, die Gegenüberstellung von Bezeichnungen wie „nigga", „lord", „gangsta", „don", die einem idealtypischen Männlichkeitsbild entsprechen, und erniedrigenden Bezeichnungen für Schwule wie „chi chi man", „battyman", „freak", „battybwoy", „funny man" (s. Kasten).

Anfang Juli traten, zeitgleich zum Christopher Street Day-Wochenende in Köln, beim Summerjam-Festival 2004 am Fühlinger See einige dieser homophoben Reggaebands, u. a. Beenie Man und T.O.K., auf. Als erste Reaktion auf diesen skandalösen Auftritt forderte der LSVD die Veranstalter von Reggaefestivals, insbesondere den Veranstalter des Kölner Summerjam 2004 die Stuttgarter Contour Music Promotion GmbH, auf, sich klipp und klar von den Hasstexten jamaikanischer Reggaebands zu distanzieren und künftig darauf zu verzichten, homophobe Bands einzuladen, die zu Gewalttaten an Minderheiten aufrufen. „Für alles, was auf der Bühne geschieht und gesungen wird, haften strafrechtlich auch die Veranstalter", schrieb der LSVD an Contour Music.



Der Veranstalter antwortete, ihm sei bekannt, „dass einige wenige junge Bands versuchen, mit schwulenfeindlichen Liedern Aufsehen zu erregen. Wir möchten uns ganz klar von diesen Aussagen distanzieren und haben diesen Bands klipp und klar erklärt, dass diese Songs bei uns nicht erwünscht sind." Weiter heißt es in dem Schreiben des Veranstalters, er werde künftig bei der Bandauswahl und „bei der Auswahl der einzelnen Darbietungen klare Richtlinien festlegen, die eine Diskriminierung oder Propaganda ausschließen". Bei der Programmplanung für das nächste Summerjam-Festival will der Veranstalter wieder in die so genannte Roots-Richtung gehen, d. h. weg von den Dancehall-Bands mit ihren schwulenfeindlichen Liedern. Es liefen bereits Gespräche, um „die Söhne von Bob Marley für ein Konzert zusammenzubringen".



Nur einen Tag nach diesem Schreiben sah sich Contour Music gezwungen, sich von Äußerungen eines Mitarbeiters zu distanzieren, der der taz Köln erklärt hatte, die ganze „Aufregung" sei „wahrscheinlich übertrieben", man müsse die schwulenfeindlichen Texte im politischen Kontext Jamaikas verstehen. Bei diesem Mitarbeiter habe es sich um einen Praktikanten gehandelt, dessen „Angaben aus dem Zusammenhang gerissen" worden seien.

Am 11. August fand ein Gespräch statt zwischen dem LSVD, dem Kölner Lesben- und Schwulentag (KLuSt) und amnesty international einerseits sowie einem Vertreter der Stadt Köln, die das Summerjam-Festival genehmigt hatte, einem Vertreter der Fühlinger See GmbH, die Mitveranstalter des Summerjam in Köln ist, und der Contour Music andererseits. Die Festivalveranstalter zeigten sich überrascht ob der homophoben Strafgesetze und der antischwulen Gewalt in Jamaika. Auch die Brutalität der Hatesongtexte gab ihnen zu denken. Dennoch lehnten sie es rundweg ab, künftig generell auf eine Einladung homophober Musiker aus Jamaika zu verzichten. Sie sicherten nur zu, künftig entsprechende Passagen in die Interpretenverträge aufzunehmen, die die Aufführung von Hassliedern unterbinden sollen. Man wolle keine Märtyrer schaffen, sondern an die Vernunft, Einsicht und Wandlungsfähigkeit der Interpreten appellieren. Contour Music hofft auf Einigkeit in dieser Frage mit allen deutschen und europäischen Veranstaltern.

Der WDR Hörfunk, der das Konzert zwar nicht übertragen, sondern „wie auch schon in den Jahren zuvor lediglich präsentiert, sozusagen empfohlen" hat, lehnte eine Teilnahme an dem Gespräch ab. Allerdings schloss er sich der Forderung an, Künstler, „die den Programmgrundsätzen des WDR nicht entspre-

chen", von künftigen Summerjam-Festivals auszuschließen. Aber erst nach mehrmaligem Protest des LSVD wurden Interpreten wie Beenie Man, Elephant Man, Buju Banton oder Capleton von der Weltmusikinterpretenliste auf der WDR-Homepage verbannt. Bis August wurde dort der 29jährigen Beenie Man in einer völlig unkritischen Kurzbiographie zur „Veteranenriege des Reggae" gezählt. Elephant Man wurde als „der Energizer, der Punk unter den jamaikanischen Dancehall-Artisten" bezeichnet, dessen „ekstatische Bühnenshows" und „pfeilschneller Gesang" ihn „in den letzten Jahren zum beliebtesten Entertainer auf der Insel" gemacht haben. Und Capletons neue Songs wurden als „etwas besonnener und nicht mehr ganz so aggressiv wie noch auf den Vorgänger-Alben" bezeichnet. Ein Hinweis auf die schwulenfeindlichen Hasstexte fehlte.

J-Flag aus Kingston betont in einer email an den LSVD, wie wichtig es ist, gegen Auftritte der Bands im Ausland vorzugehen: „In Jamaika ist kaum jemand gewillt, diese Interpreten zu mehr sozialer Verantwortung aufzufordern. Deshalb ist es lebenswichtig, dass Organisationen wie eure im Ausland aktiv werden, um Auftritte dieser Hassprediger zu verhindern... Wir haben bereits mit Outrage UK zusammengearbeitet und ihnen ist es gelungen, ein Konzert von Beenie Man in London zu verhindern. Ich glaube, letzten Monat wurde auch in Belgien ein Konzert von Bounty Killers abgesagt."

Seit 1. August ist Beenie Man auf US-Tour. Bis 8. November soll er in 33 Städten auftreten. Doch dort sieht er sich wegen seiner Hasstexte mit massiven Protesten konfrontiert. Der Sponsor RJ Reynolds hat sich von dem Sänger distanziert. Mehrere Konzerte der Band, die noch Anfang Juli am Kölner Fühlinger See beim Summerjam-Festival aufgetreten ist, wurden bereits abgesagt. Mittlerweile scheint auch Virgin Records, wo Beenie Man unter Vertrag ist, nervös zu werden. Eine vermeintliche Entschuldigung von Beenie Man „an diejenigen, die sich durch meine Lieder beleidigt, bedroht oder verletzt fühlen", entpuppte sich als PR-Gag der Firma Virgin Records. Beenie Man ließ klarstellen, er werde auch „weiterhin den homosexuellen Lifestyle kritisieren".

Mitte August erfuhr der LSVD, dass der jamaikanische Dancehall-Musiker Buju Banton nach Deutschland (Übersee/Chiemsee, Hamm, Bremen, Darmstadt, Berlin, Hamburg, Saarbrücken) kommen soll. Darüber hinaus wurde bekannt, dass Puma im Rahmen seines Engagements für die jamaikanische Olympiamannschaft auch als Sponsor eines Konzerts von Buju Banton in Athen auftreten sollte. In seinem Lied „Boom Bye Bye" ruft Buju Banton offen dazu auf, Homosexuelle durch Kopfschuss, Säureattentat oder Brandanschlag zu ermorden (siehe Kasten). Die Menschenrechtsorganisationen amnesty international und Human Rights Watch haben aufgrund von Indizien berichtet, dass Buju Banton, der mit bürgerlichem Namen Mark Myrie heißt, im Juli 2004 in Jamaika an einem schwulenfeindlichen Übergriff persönlich beteiligt war. Darüber berichteten in Großbritannien auch BBC und der Guardian.

Der LSVD forderte Revelation Concerts aus Hamm, den Veranstalter der Deutschlandtournee von Buju Banton, sowie die lokalen Mitveranstalter vor Ort umgehend auf, die Auftritte von Buju Banton abzusagen oder, falls dies aus vertraglichen Gründen nicht möglich sein sollte, sich zumindest klipp und klar von den Hasstexten Buju Bantons distanzieren, dafür zu sorgen, dass keine schwulenfeindlichen Songs zur Aufführung gelangen und künftig darauf zu verzichten, Bands einzuladen, die in ihren Liedern zu Mord und Totschlag an Homosexuellen aufrufen. Wiederum wies der LSVD die Veranstalter auf die strafrechtliche Relevanz von solchen Auftritten hin.

Die Proteste des LSVD zeigten schnell erste Erfolge. In Saarbrücken, Hamburg und Darmstadt wurde Buju Banton von den Veranstaltern kurzfristig und trotz finanzieller Einbußen wieder ausgeladen. Andere Veranstalter distanzierten sich von dem Künstler, wollten aber die Auftritte nicht absagen. Und Puma teilte dem LSVD mit, dass es Firmenpolitik sei, keine Hasspredigten zu dulden. Buju Banton wurde vor seinem Konzert in Athen auf diese Nulltoleranzpolitik gegenüber Minderheitenfeindlichkeit hingewiesen. Sollte Buju Banton gegen diesen Grundsatz verstoßen und irgendwo auf der Welt einen schwulenfeindlichen Song zur Aufführung bringen, wird Puma nicht weiter mit ihm zusammenarbeiten. Zudem verpflichtete sich der deutsche Sportartikelhersteller, Buju Banton und andere Bands aus Jamaika zu sensibilisieren und zugleich mit schwullesbischen Organisationen in Jamaika zusammenzuarbeiten, um Diskriminierung, Hass und Gewalt entgegenzutreten.

Für Brian Williamson kommen die Proteste in Europa und den USA zu spät. Doch seine langjährige Arbeit und die der Gruppe J-Flag zeigen nunmehr erste Erfolge. Bleibt zu hoffen, dass langfristig auch in Jamaika ein Bewusstseinswandel eintritt. Davon ist man auf der Karibikinsel aber noch weit entfernt, wie eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage ergab. Danach sprachen sich 96 % der Befragten gegen eine Entkriminalisierung homosexueller Beziehungen aus. Der Hass seiner Mitbürger verfolgte Brian Williamson bis ins Grab: J-Flag berichtet von erschreckenden Briefen und Anrufen („Das ist es, was

the only good system

ihr für das Leben in Sünde verdient", „Man sollte sie sich einen nach dem anderen vorknöpfen"), in denen immer wieder Genugtuung über den Mord an Williamson zum Ausdruck gebracht wurde.

geklaut aus der ila,
geschrieben von Klaus Jetzt.
Der ist Pressesprecher des LSVD und
regelmäßiger Mitarbeiter der ila.

wir wollen den Artikel nicht abdrucken, ohne noch eine wichtige Anmerkung zu machen: Selbst wenn die Interpreten (und auch die Interpretinnen) aufhören würden solchen homophoben Scheiß zu verbreiten wären die Texte noch lange nicht okay. Ein Großteil der Ragga- und Dancehallmusik ist durchzogen mit zutiefst fauenfeindlichen Texten, Bildern und Meinungen. Es soll gut informierten Quellen zufolge auch korrektere InterpretInnen geben und sogar „politisch korrekte Soundsystems", wir haben sie aber noch nicht gefunden. wenn ihr sowas habt schickt es uns wir würdens gerne hören und drucken auch gerne Gegenbeispiele ab wenn die Texte gut sind.

die redax

damit ihr wisst wovon die rede ist: einige der schlimmeren texte mit übersetzung:

Buju Banton: Boom bye bye (1992)

Boom bye bye inna batty bwoy head Rude bwoy no promote no nasty man
Dem haffi dead Send fi di matic an di Uzi instead Shoot dem no come if we shot
dem Guy come near we then his skin must peel Burn him up bad like an old
tire wheel.

Schieß einem Schwulen in den Kopf, richtige Jungs unterstützen keine Schwulen, Sie müssen sterben, besorg dir lieber ein automatisches Gewehr, erschieß sie, hilf ihnen nicht, wenn einer näher kommt, schütten wir Säure über ihn, verbrennen ihn, wie einen alten Autoreifen.

Elephant Man:We nuh like gay (2001)

We nuh like we nuh waan gay .....bun dem out shot dem out, grab him and pick out him finga nail beat him wid a baton .....ow dem fi nuh waan ooman, look how pum pum sweet .....

Wir mögen keine schwulen Männer, wir wollen keine Schwulen ... verbrennt sie, erschießt sie, ergreift ihn und reißt ihm die Fingernägel aus, schlagt ihn mit einem Knüppel ... Wie können sie nur die Frauen nicht mögen, sieh doch nur, wie süß ihr Geschlecht ist.

Beenie Man:All Battyman Fi dead (April 2004)

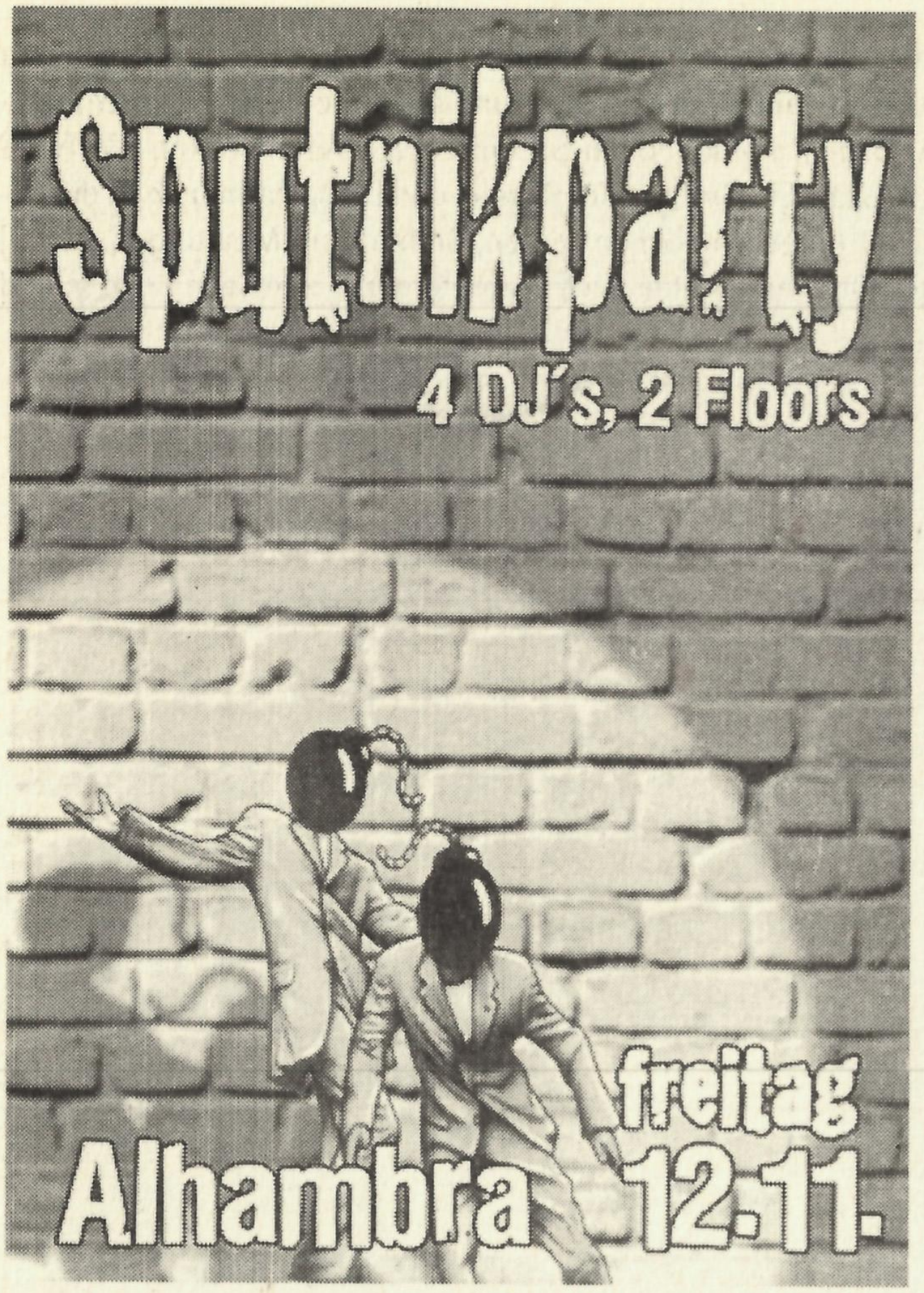
Weh u nuh fi do? – fuck bottom (rept) Weh u nuh fi do? – suck poom poom
Kill out all de man dem wey slap man battam hole dem dun and shot the mother fucker
From u fuck batty a copper and lead a man nuh fi hav anoda man in a him bed all battyman fi dead, shot out dem bomboclaat..... All dem eye wi a cut out.....pop out mi glock and dem forehead we butt out, some gal a lesbian and hav next gal a suck out, some nassi bway hav man tongue a suck out, nasty bomboclaat hav a next man a fuck out, battybway head fi pluck out.....u inna a reverse yu a enter the rear.....fi batty bway mi hav some shot from Zaire...dem sey fi emancipate yuself from mental slavery but a bear bomboclaat battyman deh a emancipation park wid me to de park mi a go walk mi hear sey battybway a tek picture inna de park.....some head fi chap off and some life fi tek off

Was sollst du nicht tun? Arschficken Was sollst du nicht tun? Schwanzlutschen
Bring alle schwulen Männer um, die Analsex haben, schieß sie tot.
Wenn du Sex hast mit einem anderen Mann, sollst du mit Kupfer- und Bleikugeln getötet werden. Ein Mann soll keinen anderen Mann in seinem Bett haben, alle schwulen Männer sollen ermordet werden, erschießt sie ... Wir werden ihnen sogar die Augen herausschneiden ... Ich hol mein Gewehr heraus und schlag ihnen damit die Stirn ein. Manche Mädchen sind lesbisch und haben Oralsex mit anderen Mädchen, während einige eklige Schwule Zungenküsse austauschen, eklige Schwule ficken andere Männer, den Schwulen sollen die Köpfe abgerissen werden ... Du bist andersrum, wenn Du Analsex hast ... Ich hab einige Gewehrkugeln aus Zaire für Schwule. Sie sagen, du sollst dich von mentaler Sklaverei emanzipieren, aber Schwule übernehmen den Emancipation Park [ein neuer öffentlicher Park in Kingston], lasst uns zum Park gehen, ich habe gehört, Schwule machen Bilder im Park ... einige Köpfe sollten abgehackt und einige Leben ausgelöscht werden.

T.O.K.: Chi Chi Man [schwuler Mann] (2001)

Intro:
My Crew (My Crew) my dogs (my dogs)
Set rules (Set rules) set laws (set laws)
We represent for di lords of yards
A gal alone a feel up my balls
Chorus:
From dem a par inna chi chi man car
Blaze di fire mek we bun dem!!!! (Bun dem!!!!)
From dem a drink inna chi chi man bar
Blaze di fire mek we dun dem!!!! (Dun dem!!!!)
Verse 1:
So mi go so, do yuh see weh I see???
Niggas when your doin that
Nuff a dem a freak dem a carry all dem dutty act
Thug nigga wanna bees nuff a dem a lick it back
It dem bring it to we, hold on nuff coppa a shot
Coppa shot rise up every calico go rat tat tat
Rat tat tat every chi chi man dem haffi get flat
Get flat, mi and my niggas ago mek a pack
Chi chi man fi dead and dat's a fact
Chorus:
From dem a par inna chi chi man car...
Verse 2:
So mi go so la la la la la la la la la la
Nah go mek nuh chi chi man walk right a so
From a bwoy a deep we ago dun dem right now
Leff him whole family dem a blow wow
I see it from far mi and dem nah go par
A nuff a dem bwoy weh a smoke man cigar
Mi and dem coulda never inna one bar
Dem bwoy deh flex too bizarre.
Einleitung:
Meine Leute, mein Volk,
stellt Regeln und Gesetze auf,
wir sind die Bandenführer des ganzen Gebiets,
nur Mädchen dürfen meine Eier anfassen.
Chor:
Wenn sie zusammen ins Auto eines Schwulen steigen,
schür das Feuer, verbrennt sie.
Wenn sie in einer Schwulenkneipe was trinken,
schür das Feuer, verbrennt sie.
Vers 1:
Sehr ihr, was ich sehe???
Niggas, wenn auch ihr das seht,
viele von ihnen sind Freaks, sie bringen uns all ihr schmutziges Tun,
Männer – vielen von ihnen lieben es von hinten.
Wenn sie es zu uns bringen, werden viele Kugeln fliegen,
Kugeln fliegen, nehmt eure Gewehre und schießt rat-tat-tat
rat-tat-tat, jeder Schwule wird sterben müssen,
sterben, ich und meine Niggas schließen einen Pakt,
Schwule müssen sterben, das ist die Wahrheit.
Chor:
Wenn sie zusammen ins Auto eines Schwulen steigen...
Vers 2:
Ich schau mir das an la la la la la,
lass keinen schwulen Mann hier lang gehen.
Wenn ein Mann einen Schwanz nimmt, bringen wir ihn sofort um,
lassen seine ganze Familie jammern.
Ich seh es kommen, das wird mit uns nicht gut gehen.
Es gibt so viele solcher Typen, die Schwänze lutschen,
ich und sie könnten nie in einer Bar sein,
diese Jungs sind zu sonderbar.

is a sound system ?



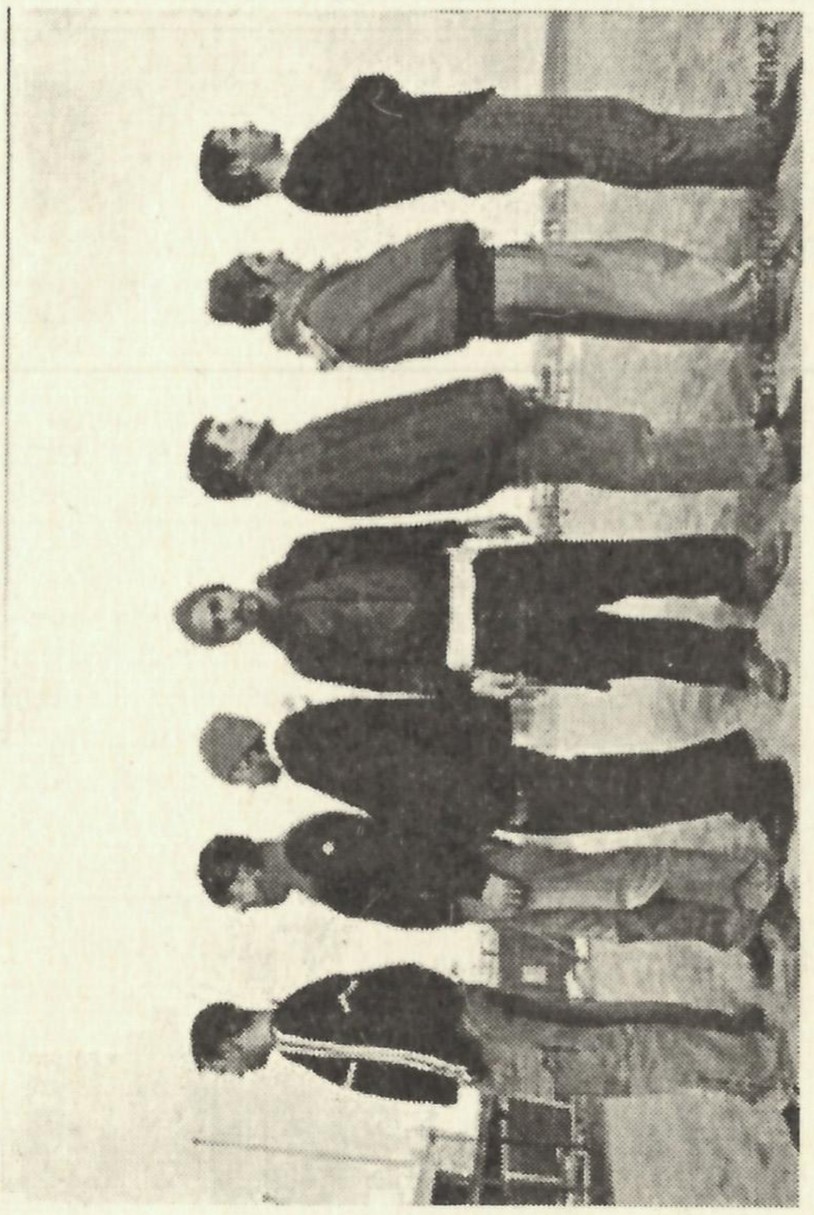
Endlich **SputniKparty!**

Nach mittlerweile 8 grandiosen Konzerten präsentieren wir Euch die erste SputniKparty.
Mit dabei sind im Tanzsaal:
DJN PlotniKova (St.Petersburg; Berlin):
Barbarenboogie:
TurboFolK, Rock SKa, Gypsicore, alternative Pop aus Russland und vom BalKan
DJ BurnDown Babylon (Bremen):
outernational Dreadbeats:
russ. SKa, span. Ragga, Frz. PolKa, sKan. Mestizo, dt.Reggae, Karib. Hip Hop ...
in der Turntable-Kneipe:
Club Digital vs. Satelite: Electronic SoundFiles

DJN PlotniKova im Mudd-Club, Berlin

SputniKKonzerte präsentiert am 02.12.

ALCOHOL FINO



Latin-SKa, PunKrocK, ElekTroniK, FunK oder FolK. Es ist eine wilde Mischung, die Alcohol Fino ihrem PubliKum bietet.
Seit sechs Jahren spielen die acht MusiKer aus Argentinien, Venezuela, Kolumbien und Spanien zusammen. Seit drei Jahren tun sie das in Barcelona. Der Umzug in diese multiKulturelle und offene Metropole hat die Band auch musiKalisch weiter gebracht. Zu hören ist das auf ihrer zweiten CD – **"Alta Tension"**.
Und doch war es eine Compilation, die sie außerhalb Spaniens beKannt machte: Auf dem KultsampleR **"La ColiFata"**, produziert von **Manu Chao**, spielen sie eine tragende Rolle.
Alcohol Fino verbinden grandios ihre Latin-Roots mit Energie, heraus Kommt dann ein schmacKhafter ExtraKt, explosiv, wild und vor allem tanzbar.

Acudimos a una Fiesta!

crush hour concerts proudly presents :

SLUX

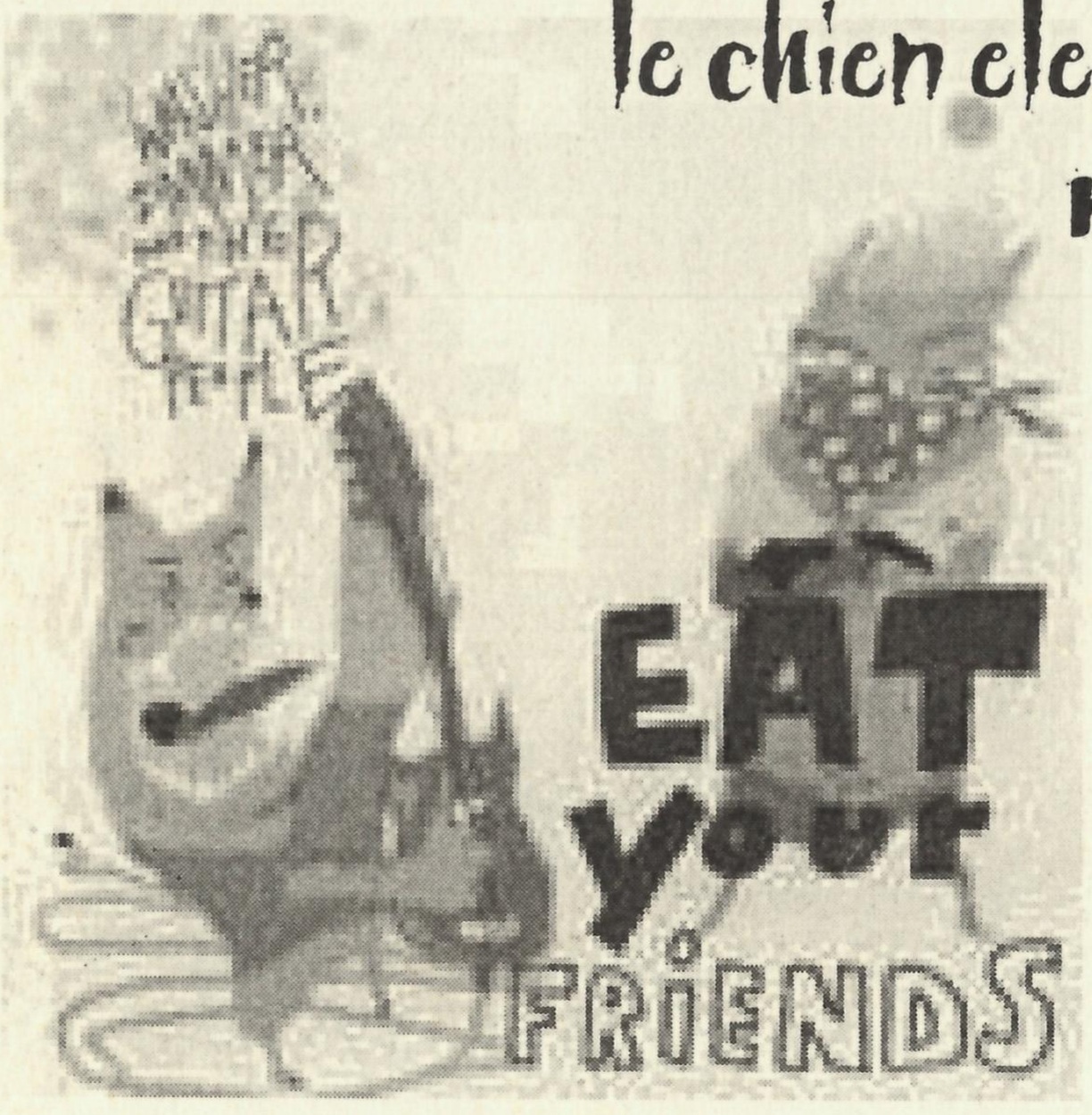
vier Freundinnen dilettantischer Musik,
Klischee: Frauenband,Schublade auf
– FEMOCORE – Schublade zu, Besetzung:
Schlagzeug, Gitarre, zwei Bässe
und jede Menge Gesang, geradeaus und
krachig – da ist alles zwischen Pogo
und Arschwackeln drin!slux sind seit
drei Jahren in der derzeitigen Besetzung und bewusst als Frauenband zusammen.
Nachdem sie 2003 diverse Konzerte gespielt haben, gingen sie im Frühjahr ins Studio und
im Mai haben sie ihre erste CD „smile & comb your hair" herausgebracht.

&

PRESENCE OF MIND

ebenfalls vier Freundinnen toller musik aus Diepholz
die wunderbaren melodic hardcore machen

21 uhr **Do. 25.11.**



le chien electrique präsentiert:
washer, zimmer and
the guitar people
+ tigrics

elektronik-konzert
zum hören und tanzen

21 uhr
mittwoch 8.12.

Termine:

November 2004

Do. 4.11. 22:00 Party der Fachschaft Interkulti
und der Gruppe Basta
Fr.. 5.11. 22:00 Reggae Corner
Sa. 6.11. 22:00 Lesbischwule Halloween-Party
Fr. 12.11. 22:00 Sputnikparty
Sa. 13.11. 22:00 FrauenLesben Black-Beat-Night
Do. 18.11. 20:30 Veranstaltung zu Gabriele Rollnik
Fr. 19.11. 21:00 Fiend-TV Konzert:
Greed (Metalcore)
Sa. 20.11. 22:00 Männerfabrik
Do. 25.11. 21:00 Crush Hour Concerts:
Slux + Presence of Mind
Fr. 26.11. 23:00 Goa-Party
Sa. 27.11. 22:00 Rosa Disco

Dezember 2004

Do. 2.12. 21:00 Sputnik-konzert: Alcoholfino
Fr. 3.12. 22:00 Reggae Corner
Sa. 4.12. 22:00 Homophilias
Mi. 8.12. 21:00 le chien electrique konzert:
Washer, Zimmer and the guitar
People + Tigrics
Fr. 10.12. 22:00 Goa-Party

regelmäßig:

Wöchentlich:

Mo. 18:00 Archiv
Mo. 18:00 Crush Hour Concerts
Mo. 20:30 Antifa - Cafe
Do. 17:00 Jugendcafe Kaluppe
Do. 18:00 SchülerInnenbündnis Swimmy
Do. 19:00 Vokü, danach Kneipe
Do. 21:00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20:00 Frauenlesben Kneipe
2. Do. 20:00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20:30 NutzerInnenplenum